

Von: [REDACTED] BJ
An: [REDACTED] EFV; [REDACTED] EFV
Cc: [REDACTED]
Betreff: AW: Nachtrag Bemerkungen BJ zum Erläuternden Bericht - ÄK EFD 10.12.2024 Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der Vernehmlassungsverfahrens
Datum: Mittwoch, 8. Januar 2025 17:17:43
Anlagen: [\[734868476\] STN BJ Bemerkungen im Erläuternden Bericht DE.docx](#)

Sehr geehrte Frau [REDACTED], sehr geehrter Herr [REDACTED]

Hier im Anhang noch einige Bemerkungen, direkt im Erläuternden Bericht eingefügt.

Freundliche Grüsse
[REDACTED]

Von: [REDACTED] BJ
Gesendet: Mittwoch, 8. Januar 2025 16:37
An: [REDACTED] EFV [REDACTED]; [REDACTED] EFV
[REDACTED]

Cc: [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
Betreff: AW: StN BJ ÄK EFD 10.12.2024 Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau [REDACTED], sehr geehrter Herr [REDACTED]

Vielen Dank für den Entwurf. Wir nehmen wie folgt Stellung:

VIRK

Wir verweisen auf die Stellungnahme der verwaltungsinternen Redaktionskommission (VIRK), an der wir mitgearbeitet haben und die Ihnen durch [REDACTED] und [REDACTED], Sprachdienst der Bundeskanzlei, zugestellt wird.

Ziff. 2 AsylG) [REDACTED]

- Art. 88 Abs. 2

Mit der vorliegenden Änderung wird im Bereich Asyl und vorübergehender Schutz die maximale Abgeltungsdauer von heute 5 auf 4 Jahre (ab Gesuchseinreichung) gekürzt. Das bedeutet, dass die bisherige Unterscheidung in Art. 88 AsylG zwischen Schutzbedürftigen ohne (vgl. Abs. 2) und solchen mit Aufenthaltsbewilligung (Abs. 3) subventionsrechtlich obsolet wird. Denn die Kantone bekommen für Schutzbedürftige nur noch 4 Jahre lang Subventionen, eine Aufenthaltsbewilligung ist aber frühestens ab 5 Jahren Schutzstatus möglich (Art. 74 Abs. 2 AsylG). Vor diesem Hintergrund könnte im ersten Satz von Artikel 88 Absatz 2 auf die Wendung «ohne Aufenthaltsbewilligung» verzichtet werden.

Ziff. 10: FIFG [REDACTED]

Wir bitten Sie, den Kommentar zu präzisieren, damit klar wird, dass die Innosuisse die Förderung nach Art. 18 Abs. 2 Buchstabe b^{bis} FIG noch nicht umgesetzt hat.

Ziff. 14: SuG [REDACTED]

Wir beantragen, in Art. 7 Abs. 2 Satz 1 E-SuG den Passus "in der Regel" zu streichen. Der Regelcharakter von Satz 1 ergibt sich daraus, dass der folgende Satz Abweichungen unter bestimmten Voraussetzungen vorsieht.

Ziff. 15: MinöStG [REDACTED]

Aus Sicht des BJ ist es zu begrüßen, dass diese Ungleichbehandlung aufgehoben wird. Allerdings wäre eine Aufhebung von Art. 18 Abs. 2 MinöStG im Hinblick auf eine Gleichbehandlung ebenfalls wünschenswert gewesen.

Ziff. 16: CO₂-Gesetz [REDACTED]

-

- Antrag: Fassung von Artikel 33a Absatz 1 Einleitungssatz wie folgt: «¹ ~~Bis Ende 2031 werden höchstens 41 Prozent, ab dem Jahr 2032 höchstens ein Drittel des Ertrags aus der CO₂-Abgabe~~ wird verwendet für:»

Begründung: Entgegen der Expertenkommission Gaillard, die ausdrücklich empfiehlt, die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe bei einem Drittel zu belassen ([MM](#), Bericht S. 38), schlägt die EFV eine Erhöhung auf 41% vor. Bei dieser Massnahme handelt es sich nicht um eine Ausgabenreduktion: Der Bund erhebt die CO₂-Abgabe als Lenkungsabgabe. Er will den Ertrag der CO₂-Abgabe gar nicht, weshalb er ihn an die Bevölkerung und Wirtschaft verteilt. Mit der Erhöhung der Teilzweckbindung sollen vielmehr zusätzliche Mittel generiert werden. Im Vordergrund des Projekts steht somit ein fiskalischer Zweck. Wie bereits in der Botschaft zum CO₂-Gesetz für die Zeit nach 2024 ausgeführt ([BBl 2022 2651](#), S. 108), verliert nach unserer Auffassung die CO₂-Abgabe dadurch ihren Charakter als Lenkungsabgabe und wird zu einer Brennstoffsteuer nach Artikel 131 Absatz 1 Buchstabe e BV. Als Brennstoffsteuer muss sie den verfassungsrechtlichen Anforderungen an Steuern genügen, wozu insbesondere der Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung gehört (Art. 127 Abs. 2 BV). Sie muss damit, so wie die Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel, grundsätzlich von allen Verbrauchern bezahlt werden. Die Rückerstattung an Betreiber von EHS-Anlagen oder mit Verminderungsverpflichtung verletzt diesen Grundsatz, wenn die CO₂-Abgabe nicht mehr als Lenkungsabgabe, sondern als Steuer erhoben wird.

- Entwurf Erläuternder Bericht

Ziff. 5.1 (S. 94)

Antrag: Fassung des dritten Alineas wie folgt: «Das Bundesamt für Justiz vertritt demgegenüber die Auffassung, dass Zweckbindungen von Lenkungsabgaben grundsätzlich unzulässig sind. Bei der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe im Umfang von höchstens einem Drittel handelt es sich um eine historisch bedingte Abweichung. Wird die Teilzweckbindung wie im vorliegenden Projekt darüber hinaus erhöht die Teilzweckbindung aus verfassungsrechtlichen Gründen einen Drittel nicht übersteigen

darf. Ist sie höher, so steht ~~gemäss ihm~~ nicht mehr die Lenkung durch die Verteuerung des Abgabeobjekts im Vordergrund, sondern das Generieren zusätzlicher Mittel. Das Vorhaben verfolgt damit einen fiskalischen Zweck. Die CO₂-Abgabe verliert dadurch ihren Charakter als Lenkungsabgabe und wird zu einer Brennstoffsteuer nach Artikel 131 Absatz 1 Buchstabe e BV. Als Brennstoffsteuer muss sie den verfassungsrechtlichen Anforderungen an Steuern genügen, wozu insbesondere der Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung gehört (Art. 127 Abs. 2 BV). Sie muss damit, so wie die Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel, grundsätzlich von allen Verbrauchern bezahlt werden. Die Rückerstattung an Betreiber von EHS-Anlagen oder mit Verminderungsverpflichtung verletzt diesen Grundsatz, wenn die CO₂-Abgabe nicht mehr als Lenkungsabgabe, sondern als Steuer erhoben wird.

Begründung: Präzisierungen, vgl. auch [BBl 2022 2651](#), S. 108.

Ziff. 17 SVAG [REDACTED]

Die Regelung nimmt einen Entscheid auf, den die Bundesversammlung in einer Fremderlassänderung (SBBG 23.063) bereits getroffen hat; allerdings ist unklar, wann der Erlass (Schlussabstimmung war im September 2024) in Kraft tritt.

Die Formulierung erscheint besser als die in der SBBG vorgeschlagene Fassung. Den Erläuterungen ist zu entnehmen, dass «neu die effektiven Reserven des BIF die Beurteilungsgrundlage bilden anstatt die mit Unsicherheiten behafteten Prognosen». Woraus sich das ergeben soll, ist mir schleierhaft. Weder das eine noch das andere kann m.E. aus dem Normtext abgelesen werden; auch die SBBG-Änderung schweigt dazu. Das müsste u.E. im Normtext kenntlich gemacht oder es müsste z.B. dem Bundesrat eine Delegation erteilt werden, dies zu regeln. Selbst wenn es sich nur um eine Praxisänderung handeln würde, müsste eine Aussage dazu getroffen werden, wie es sich auswirkt, dass die effektiven Sicherheiten und nicht die Prognosen zur Bestimmung der Reserve dienen sollen.

Im Erläuternden Bericht fehlen Angaben dazu, was mit dem eingesparten Betrag passiert, da die Einnahmen aus der SVA ja weiterhin gemäss Art. 85 Abs. 2 BV zweckgebunden bleiben. M.E. müsste unter Ziffer 2.20 ausgewiesen werden, wofür diese Beträge eingesetzt werden. Das BAV hatte bekanntlich die Idee, mit den die Reserve übersteigenden Beträgen E-LKW zwar der Abgabe zu unterstellen, diese aber erst mittelfristig zu steigern. Als Alternativ hatte es überlegt, Investitionshilfen für die Anschaffung von E-LKW zu sprechen, die aber der Abgabe voll unterstellt gewesen wären. Die Fuhrhalter hätten dazwischen wählen können. Den Satz, dass die Zwecke gleichwertig nebeneinander stehen, scheint mir nicht zuzutreffen. So kann der Betrag für den BIF nicht beliebig reduziert werden, sondern hängt von der Höhe der Reserven ab.

Im Erläuternden Bericht wird Folgendes ausgeführt: «Die Aufhebung der Mineralölsteuer-Rückerstattung für die Transportunternehmen ausserhalb des Ortsverkehrs wird jedoch auf 2027 vorgezogen. Damit entstehen dem Bund im Zeitraum 2027-2029 Mehrerträge von rund 40 Millionen Franken pro Jahr, mit denen die Förderbeiträge für alternative Antriebe bis 2030 [im regionalen Personenverkehr] gegenfinanziert werden.» Wo wird diese Mittelverwendung geregelt? Art. 41a E-CO₂-Gesetz enthält keinen Hinweis auf die Finanzierung.

Ziff. 20: MinVG

- Art. 37f Abs. 2

Wir nehmen an, dass hier eine Rechtsetzungsdelegation formuliert werden soll. Der Wortlaut des Entwurfs ist allerdings nicht ganz klar und lässt auch ein Verständnis zu, dass der Bundesrat die einzelnen Fälle von Flugplätzen bezeichnen solle ("... legt fest, in welchen Fällen ..."). Zur Verdeutlichung des Charakters als Rechtsetzungsdelegation: vgl. Vorschlag der VIRK.

- Nicht klar ist uns, wie genau der Spareffekt erzielt wird. Art. 86 Abs. 4 BV sieht vor, dass die Hälfte des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf Treibstoffen, ausser den Flugtreibstoffen, für die Spezialfinanzierung verwendet werden. Wenn nun 3% dieser Hälfte nicht mehr für die Zwecke der Bst. d und e des Art. 86 Abs. 3 BV verwendet werden, stellt sich die Frage in Bezug auf welchen anderen Zweck die Ausgaben gesteigert werden. Gemäss Art. 4 Abs. 1 MinVG (¹ *Die Bundesversammlung teilt mit dem Voranschlag die Mittel nach Artikel 1 Absatz 1 auf die in Artikel 86 Absätze 1 und 3 BV genannten einzelnen Aufgabengebiete auf.*) müsste das Parlament im Vorschlag festlegen, für welches andere Anliegen in Art. 86 Abs. 3 BV die gesparten Ausgaben verwendet werden. Offenbar will der Bundesrat dazu keine Vorschläge machen. Wie verhält es sich damit ?

■

Ziff. 21: EnG

Concernant l'art. 50a, al. 3, EnG, il n'est pas clair comment se déroule la réservation des fonds nécessaires ; présenté ainsi, il semble que si un canton approuve un surnombre de demandes avant les autres il peut recevoir une proportion des fonds supérieure à ce qui aurait été donné dans le cadre d'une répartition par têtes comme dans le cadre actuel. Cela semble problématique car cela permet de privilégier un/plusieurs cantons par rapport aux autres. Le rapport explicatif indique seulement que les cantons sont informés des fonds encore disponibles. Il nous semble qu'il faudrait planifier un mécanisme pour éviter de privilégier les plus rapides à réserver les fonds par rapport aux autres (Art. 13 LSu, RS 616.1).

Ziff. 29: AHVG

- Avant-projet de loi

L'art. 103, al. 3 AP-LAVS prévoit que :

³ La contribution de la Confédération correspond au moins au montant initial visé à l'al. 1, après adaptation au renchérissement cumulé.

Nous sommes d'avis qu'il conviendrait de préciser, comme à l'art. 78, al. 5 LAI, que la contribution de la Confédération équivaut, au plus, à la moitié des dépenses de l'assurance, conformément à l'art. 112, al. 4 Cst.

L'art. 103, al. 4 AP-LAVS prévoit que :

⁴ La contribution à l'allocation pour impotent visée à l'art. 102, al. 2, est déduite du montant calculé conformément à l'al. 2.

Nous partons du principe que la contribution à l'allocation pour impotent doit être déduite de la contribution de la Confédération également si celle-ci n'est pas fixée selon le calcul de l'al. 2 mais dans l'hypothèse mentionnée à l'al. 3 (montant initial + renchérissement). C'est d'ailleurs le cas dans la LAI (art. 78, al. 5). La VIRK vous fait

une proposition visant à clarifier ce point.

L'art. 103, al. 5 AP-LAVS prévoit que :

⁵ Le Conseil fédéral règle les modalités.

L'art. 182 Cst. habilite le Conseil fédéral à édicter des dispositions d'exécution. Selon le libellé de cet article, il s'agit uniquement de normes secondaires qui, par exemple, précisent une disposition légale, décrivent ses effets juridiques pratiques, concrétisent des notions juridiques indéterminées ou règlent des questions d'organisation (OFJ, Guide de législation, 2023, N 721). Quant à l'art. 154, al. 2 LAVS, il charge le Conseil fédéral de l'exécution de cette loi et de l'édiction des dispositions nécessaires.

Selon le rapport explicatif (ch. 3.29), « *[D]er Bundesrat wird auf Verordnungsstufe die Details, wie z.B. die Definition der Mehrwertsteuereinnahmen, die Frage der Rundung oder von Bagatellgrenzen für Korrekturen bei Änderung der Bemessungsgrundlage, regeln* ». Ces exemples nous paraissent relever du droit d'exécution. Dès lors, cette délégation de compétence est superflue (Guide de législation, N 726) et peut être biffée. Si le maintien de cette délégation de compétence est tout de même souhaité, il conviendrait alors de la préciser en mentionnant des exemples (« *Le Conseil fédéral règle les modalités, en particulier...* »). Naturellement, s'il devait être envisagé de déléguer au Conseil fédéral la compétence d'édicter des normes primaires, il conviendrait alors de formuler clairement la disposition en ce sens.

- BRA

À la page 3 de la proposition au Conseil fédéral figure ce paragraphe :

Entflechtung zwischen Bund und AHV ab 2027: Die Massnahme wurde präzisiert; das höhere Entlastungspotenzial bei der AHV im 2028 ist auf eine technische Änderung zurückzuführen, Strukturbrüche sollen ausgeklammert werden. Im vorliegenden Fall führt die Aufhebung des Sondersatzes Hotellerie ab 2028 zwar zu Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer (Strukturbruch), nicht aber zu einem höheren Bundesanteil an der AHV.

Nous ne sommes pas certains de comprendre la phrase soulignée. En effet, si les recettes de la TVA augmentent, la contribution de la Confédération devrait logiquement augmenter puisqu'elle serait adaptée annuellement au taux de variation de ces recettes (art. 103, al. 2 AP-LAVS). Nous invitons dès lors à réexaminer cette phrase et, le cas échéant, à l'explicitier.

Ziff. 30: KVG [REDACTED]

- Art. 66 Abs. 2 E-KVG:

Der Bundesbeitrag wird nicht vom Bundesrat festgelegt. Vielmehr ergibt sich der Bundesbeitrag aus den Kosten des Vorjahres einer Vierjahresperiode gemäss Art. 54 nKVG sowie den vom Bundesrat gemäss Art. 54 nKVG festgelegten Kostenzielen. Der Bundesrat hat somit bei der Festlegung des Bundesbeitrags keinen Spielraum. Deshalb wird der Bundesrat in unserem Vorschlag nicht mehr erwähnt. Zudem steht unser Formulierungsvorschlag unter einem Vorbehalt: Zunächst muss der Mechanismus von Art. 54 nKVG (Festlegung der Kostenziele) konkretisiert werden, bevor die Berechnungsart des Bundesbeitrags festgelegt werden kann, da der Bundesbeitrag von den Kostenzielen abhängt. Entsprechend behalten wir uns vor, den Formulierungsvorschlag noch einmal zu überprüfen, sobald der definitive Mechanismus für die Festlegung der Kostenziele feststeht.

Die vorgeschlagene Übergangsbestimmung betrifft eigentlich das Inkrafttreten. Bis zum Jahr 2028 – das erste Jahr einer Vierjahresperiode gemäss Art. 54 nKVG – berechnet sich der Bundesbeitrag wie bisher. Die neue Berechnungsart soll erst für das Jahr 2028 gelten. Entsprechend tritt die Änderung von Art. 66 Abs. 2 E-KVG erst am 1.1.2028 in Kraft.

Müsste allenfalls noch erläutert werden, was mit der Kommission geschieht, die im Gesetz geregelt ist, oder ist klar, dass die einfach mit dem Gesetz «untergeht»?

-
Freundliche Grüsse

—

[REDACTED]

[illegible]

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
Betreff: ÄK EFD 10.12.2024 Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 (EP27); Eröffnung der Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Beilage erhalten Sie die Entwürfe der Vernehmlassungsunterlagen zum Entlastungspaket 2027.

Die Erlassänderungen sind mit den zuständigen Departementen und Ämtern abgestimmt. Aufgrund der engen Fristen (die Eröffnung der Vernehmlassung ist für den 29. Januar geplant) sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns eine pro Departement konsolidierte Rückmeldung zukommen lassen, bis am

Mittwoch, 8. Januar 2025

an:

[REDACTED] und [REDACTED]

Wir bitten Sie, die Gesetzesanpassungen in Ihren Bereichen nochmals kritisch zu prüfen, auch ob die entsprechenden Übergangsbestimmungen wo nötig definiert sind.

Freundliche Grüsse

[REDACTED]
[REDACTED]

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
Stabsdienste und Grundsatzfragen

Bundesgasse 3, 3003 Bern

[REDACTED]
[REDACTED]

www.efv.admin.ch

Beilagen:

- BRA und Beschlussdispositiv
- Erläuternder Bericht
- Mantelerlass (d, f)
- Fragebogen
- Orientierungsschreiben

Avis de la Commission interne de rédaction (CTR)

du 8 janvier 2023

Pour les services linguistiques de la ChF : Stefan Höfler (D) und Liviu Groza (F)

Pour l'unité de législation de l'OEF : Thomas Braunschweig

IMPORTANT - voir commentaire préliminaire dans la version allemande concernant l'emploi de « sans objet ».

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Schriftart: Fett, Kursiv

**Loi fédérale
sur le programme d'allègement budgétaire 2027**

Projet

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu le message du Conseil fédéral du ...¹,

arrête :

I

Les actes mentionnés ci-après sont modifiés comme suit :

1. Loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers et l'intégration (LEI)²

Art. 87, al. 3 et 4

³ Les indemnités forfaitaires visées à l'al. 1, let. a et b, sont versées au plus pendant quatre ans à compter de l'entrée en Suisse.

⁴ Les indemnités forfaitaires visées à l'al. 1, let. d, sont versées au plus pendant quatre ans à compter de la reconnaissance de l'apatridie.

¹ FF ...
² RS 142.20

Art. 126¹ *[Cf. commentaire dans la version allemande]* Disposition transitoire relative à la modification du ...

hat formatiert: Hervorheben

L'année de l'entrée en vigueur de la modification, les indemnités forfaitaires visées à l'art. 87, al. 2, sont versées au plus pendant cinq ans à compter de l'entrée en Suisse, et les indemnités forfaitaires visées à l'art. 87, al. 4, au plus pendant cinq ans à compter de la reconnaissance de l'apatridie.

Formatiert: Überschrift 9

[Cf. commentaire dans la version allemande concernant notre proposition ci-dessous]

hat formatiert: Hervorheben

Si une entrée en Suisse a eu lieu où qu'une apatridie a été reconnue avant l'entrée en vigueur de la modification du XXX, les indemnités forfaitaires visées à l'art. 87, al. 3 et 4, sont versées pendant cinq ans au plus après l'entrée en Suisse ou la reconnaissance de l'apatridie, mais au maximum jusqu'à la fin de l'année de l'entrée en vigueur de la modification.

2. Loi du 26 juin 1998 sur l'asile (L-Asi)³

Art. 88, al. 2, ~~phrase~~, 3 et 3^{bis}

² Les indemnités forfaitaires pour les requérants et les personnes à protéger *[Supprimé « qui ne sont pas titulaire d'une autorisation de séjour », cf. avis matériel OFM]* couvrent notamment les coûts de l'aide sociale et de l'assurance-maladie obligatoire et comprennent une contribution aux frais d'encadrement. Elles sont versées pendant toute la durée de la procédure d'asile, mais au -et pendant quatre plus quatre ans au plus- à compter du dépôt de la demande de protection provisoire. *[Cf. commentaires dans la version allemande]*

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

³ Les indemnités forfaitaires pour les réfugiés et les réfugiés sous le coup d'une expulsion obligatoire au sens des art. 66a ou 66a^{bis} CP⁴, 49a ou 49a^{bis} CPM⁵ entrée en force ou d'une expulsion au sens de l'art. 68 LEI⁶ entrée en force couvrent notamment les coûts de l'aide sociale et comprennent une contribution aux frais d'encadrement et aux frais administratifs. Elles sont versées pendant quatre ans au plus à compter du dépôt de la demande d'asile.

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

^{3bis} Pour les personnes admises en Suisse dans le cadre de l'asile octroyé à des groupes de réfugiés en vertu de l'art. 56, la Confédération peut verser les indemnités forfaitaires visées à l'al. 3 pendant plus de quatre ans, notamment si ces personnes sont handicapées ou âgées à leur arrivée en Suisse.

³ RS 142.31

⁴ RS 311.0

⁵ RS 321

⁶ RS 142.20

Art. 121a Disposition transitoire relative à la modification du ...

L'année de l'entrée en vigueur de la modification, les indemnités forfaitaires visées à l'art. 88, al. 2, sont versées pendant cinq ans au plus à compter du dépôt de la demande de protection provisoire, et les indemnités forfaitaires visées à l'art. 88, al. 2, pendant cinq ans au plus à compter du dépôt de la demande d'asile. ICI commentaire dans la version allemande concernant notre proposition ci-dessous. Comparer à art. 126h.

Si une demande de protection provisoire ou d'asile a été déposée avant l'entrée en vigueur de la modification du XXX, les indemnités forfaitaires visées à l'art. 88, al. 2 et 3, sont versées pendant cinq ans au plus après le dépôt de la demande, mais au maximum jusqu'à la fin de l'année de l'entrée en vigueur de la modification.

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

3. Loi fédérale du 17 mars 2023 sur l'utilisation de moyens électroniques pour l'exécution des tâches des autorités (LME-TA)⁷

Art. 17

Abrogé

4. Loi du 23 mars 2007 sur l'aide aux victimes (LAV)⁸

Art. 31

Abrogé

5. Loi fédérale du 5 octobre 1984 sur les prestations de la Confédération dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures⁹

Art. 10 Montant des subventions

La subvention est égale à 50 % au plus des frais reconnus occasionnés par la réalisation du projet et, pour les institutions qui existent déjà, à 50 % au plus des frais supplémentaires entraînés par cette réalisation.

⁷ RS 172.019

⁸ RS 312.5

⁹ RS 341

6. Loi fédérale du 13 décembre 2002 sur la formation professionnelle (LFPr)¹⁰

Art. 57, al. 1^{bis}

^{bis} Les subventions visées aux art. 54 et 55 couvrent 50 % au plus des charges-coûts [conformément à la terminologie LFPr] prises en considération compte [D'après nos recherches, « anrechbar » est systématiquement traduit par « pris en compte » dans le droit fédéral. Ce syntagme a une connotation plus pratique que « pris en considération », qui a une connotation plus abstraite. De plus, « charges » est utilisé dans le titre de l'art. et à l'al. 2, mais dans un autre sens, ce qui peut prêter à confusion].

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

7. Loi du 30 septembre 2011 sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE)¹¹

Art. 2, al. 3

³ Les dispositions de la présente loi régissant les contributions de base, les contributions d'investissements et les contributions aux frais locatifs ne s'appliquent pas aux EPF, aux autres institutions fédérales du domaine des hautes écoles et aux hautes écoles pédagogiques.

Art. 12, al. 3, let. f et 47, al. 1, let. c et 2

Abrogés

hat formatiert: Englisch (Vereinigte Staaten)

Art. 47, al. 1, let. c et 2

Abrogés

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

Art. 48, al. 3 et 4

³ Abrogé.

⁴ L'Assemblée fédérale ouvre par voie d'arrêté fédéral simple un crédit d'engagement pour les contributions d'investissements, les participations aux frais locatifs et les contributions pour les infrastructures communes des hautes écoles et d'autres institutions du domaine des hautes écoles.

Art. 50 Taux de financement

La Confédération prend en charge la part suivante du montant total des coûts de référence :

- a. 18,4 % au plus pour les universités cantonales ;
- b. 27 % au plus pour les hautes écoles spécialisées.

¹⁰ RS 412.10

¹¹ RS 414.20

Chap. 8, section 5 (art. 59 à 61)

Abrogée

Insérer avant le titre de la section 4

Art. 80a Financement des soins

Après l'entrée en vigueur de la modification du XXV et jusqu'à la fin de l'année 2031, les ~~aides financières~~ contributions pour augmenter le nombre de diplômés en soins infirmiers dans les hautes écoles spécialisées cantonales ~~prévues visées à l'art. XXV Cf. commentaire version allemande : quelles sont exactement les contributions visées ?~~ de ~~la loi fédérale du 16 décembre 2022 relative à l'encouragement de la formation dans le domaine des soins infirmiers~~¹² pour augmenter le nombre de diplômés en soins infirmiers dans les hautes écoles spécialisées cantonales restent soumises aux dispositions suivantes ~~de l'ancien droit~~ :

- a. art. 12, al. 3, let. f ;
- b. art. 47, al. 1, let. c ;
- c. art. 48, al. 4, let. b ;
- d. art. 59 à 61.

8. Loi du 21 mars 2014 sur les écoles suisses à l'étranger ~~(LESE)~~¹³

Art. 3, al. 1, let. q

¹ Le Conseil fédéral reconnaît à une école suisse à l'étranger le droit d'être subventionnée lorsqu'elle remplit les conditions suivantes :

- q. elle est établie dans un État autre qu'un État membre de l'Union européenne.

Section 3 (art. 14 à 16)

Abrogée

Art. 25, al. 5

⁵ Le versement d'aides financières à des écoles suisses en Italie et en Espagne reconnues échoit à la fin de l'année scolaire 2026-2027. Leur reconnaissance en tant qu'école suisse expire d'office à la fin de l'année scolaire 2029-2030. Les conditions de reconnaissance visées à l'art. 3, let. a à h et j à p, doivent être remplies en permanence jusqu'à l'expiration de la reconnaissance.

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

Formatiert: Absatz

¹² RS 811.22

¹³ RS 418.0

9. Loi fédérale du 20 juin 2014 sur la formation continue (LFC)¹⁴*Titre précédant l'art. 10*Section 4 Recherche de l'administration fédéraleArt. 11 Recherche de l'administration fédérale *[Cf. commentaire dans la version allemande]*

La recherche de l'administration fédérale en matière de formation continue se fonde sur l'art. 16, al. 2, let. a à c, de la loi fédérale du 14 décembre 2012 sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation¹⁵.

Art. 12, 16 et section 6 (art. 17)

Abrogée

10. Loi fédérale du 14 décembre 2012 sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation (LERI)¹⁶Art. 18, al. 2, let. b^{bis}

Abrogée

[Important : voir commentaires dans la version allemande qui justifient de ne pas procéder ici à une simple renumérotation de l'article]

Art. 19, al. 2, let. d, 2^{de} phrase introductive, 3, 3^{de} deuxième et troisième phrase, et 3. Encouragement de projets d'innovation

¹⁴ En tant qu'organe fédéral d'encouragement de l'innovation fondée sur la science au sens de la loi du 17 juin 2016 sur ImmoSuisse¹⁵, ImmoSuisse peut encourager les projets d'innovation qui sont menés par des établissements de recherche du domaine des hautes écoles ou par des établissements de recherche à but non lucratif situés en dehors du domaine des hautes écoles (partenaires de recherche) conjointement avec des partenaires privés ou publics chargés de la mise en valeur (partenaires chargés de la mise en valeur). *[Identique al. 1 en vigueur]*

¹⁵ La contribution d'ImmoSuisse sert à couvrir les coûts de projet directs des partenaires de recherche. ImmoSuisse peut prévoir dans son ordonnance sur les contributions la possibilité d'allouer également des contributions à des partenaires chargés de la mise en valeur lorsque de telles contributions sont exigées pour une coopération internationale.

¹⁴ RS 419.1¹⁵ RS 420.1¹⁶ RS 420.1²² RS 420.2

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv

Formatiert: Titel Anh 1

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hochgestellt, Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Französisch (Schweiz), Hochgestellt, Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Französisch (Schweiz), Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Französisch (Schweiz), Hochgestellt, Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Französisch (Schweiz), Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Französisch (Schweiz), Hochgestellt, Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Französisch (Schweiz), Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

nale dans le domaine de l'innovation fondée sur la science. *[Identique al. 1^{ère} en vigueur]*

28 Les contributions sont uniquement accordées si les conditions suivantes sont remplies :

a. une mise en valeur efficace des résultats de la recherche en faveur de l'économie et de la société peut être escomptée. *[Identique al. 2, let. b, en vigueur]*

b. le projet ne peut raisonnablement pas être réalisé sans l'encouragement de la Confédération. *[Identique al. 2, let. b, en vigueur]*

c. d. les partenaires chargés de la mise en valeur participent au projet à hauteur de 50 % au moins de son coût total direct par des prestations propres ou des prestations en faveur des partenaires de recherche ;

le projet contribue à la formation active sur la pratique de la relève scientifique. *[Identique al. 2, let. e, en vigueur]*

29a *[abrogé]*

29b Dans des cas particuliers, Innosuisse peut réclamer une participation plus élevée de la part du partenaire chargé de la mise en valeur si l'une des conditions suivantes est remplie :

a. le projet présente de faibles risques de réalisation et simultanément un potentiel de succès économique supérieur à la moyenne pour le partenaire chargé de la mise en œuvre ;

b. la capacité économique du partenaire chargé de la mise en valeur ou les caractéristiques du projet justifient une participation plus élevée, notamment si le partenaire chargé de la mise en valeur ne finance pas lui-même entièrement sa participation parce qu'il reçoit d'autres aides par ailleurs.

30 Innosuisse peut encourager, dans le cadre de programmes communs des institutions chargées d'encourager la recherche, des projets d'innovation réalisés par des partenaires de recherche sans partenaires chargés de la mise en valeur, pour autant que les projets présentent un potentiel d'innovation important mais pas encore suffisamment déterminé.

31a Innosuisse peut encourager des projets d'innovation de jeunes entreprises lorsque les travaux sur le projet sont nécessaires pour préparer ces entreprises à leur première entrée sur le marché. La contribution d'Innosuisse sert à couvrir 50 % au plus des coûts directs du projet à la charge de la jeune entreprise elle-même. *[Formulation conforme au droit en vigueur art. 3^{ème} et 3^{ème}]* Innosuisse fixe les critères déterminant le montant de la contribution dans son ordonnance sur les contributions.

32 Dans la mesure où les entreprises suisses se voient refuser l'accès aux offres d'encouragement de la Commission européenne destinées aux projets individuels, Innosuisse peut encourager les projets d'innovation de jeunes entreprises et de petites et moyennes entreprises, lorsqu'ils présentent un potentiel d'innovation important, afin d'assurer une commercialisation rapide et efficace et une croissance correspondante. La contribution d'Innosuisse sert à couvrir partiellement ou entièrement aussi bien les

hat formatiert: Hochgestellt

Formatiert: Einzug: Links: 0.37 cm, Keine Aufzählungen oder Nummerierungen

Formatiert: Einzug: Links: 0.37 cm, Hängend: 0.63 cm, Keine Aufzählungen oder Nummerierungen

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Nicht Hochgestellt/Tiefgestellt

Formatiert: Absatz

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hochgestellt, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hochgestellt, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

coûts directs du projet à la charge de l'entreprise elle-même que les coûts des prestations fournies par des tiers. Innosuisse fixe les critères d'encouragement et les critères déterminant le montant des prestations propres des entreprises dans son ordonnance sur les contributions. [Identique al. 3^{ème} du droit en vigueur]

³⁴ Elle peut en outre prévoir des instruments permettant de participer aux coûts d'études destinées à évaluer si les projets des entreprises peuvent être mis en œuvre de manière efficace. [Identique al. 4 du droit en vigueur]

³⁵ Elle encourage tout particulièrement des projets au sens des al. 1. ³⁴ et 3^{ème} qui apportent une contribution à l'utilisation durable des ressources. [numérotation conforme aux modifications]

³⁶ Les projets encouragés doivent respecter les principes de l'intégrité scientifique et des bonnes pratiques scientifiques. Les sanctions et l'obligation d'informer au sens de l'art. 12, al. 2 à 4, s'appliquent aux infractions. [Identique al. 7 droit en vigueur]

Art. 20a

Abrogé

11. Loi du 17 juin 2016 sur Innosuisse (LASEI)³³

Art. 23, let. b^{ème} et b^{ème}

Le conseil d'administration détermine dans l'ordonnance sur les contributions notamment:

b^{ème} les cas dans lesquels il est possible d'allouer des contributions à des porteurs chargés de la mise en valeur en vertu de l'art. 10, al. 2, LEP³⁴;

b^{ème} les critères déterminant le montant des prestations propres à fournir par les jeunes entreprises et les petites et moyennes entreprises visées à l'art. 10, al. 5 et 6, LEP³⁵;

[Voir commentaire dans la version allemande]

12. Loi fédérale du 1^{er} juillet 1966 sur la protection de la nature et du paysage (LPN)³⁶

Art. 1, let. e

Dans les limites de la compétence conférée à la Confédération par l'art. 78, al. 2 à 5, de la Constitution, la présente loi a pour but:

³³ RS 420.2

³⁴ RS 420.1

³⁵ RS 451

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hochgestellt, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

hat formatiert: Englisch (Vereinigte Staaten)

d'encourager l'enseignement et la recherche dans les domaines de la protection de la nature, de la protection du paysage et de la conservation des monuments historiques.

Art. 14a, al. 1, let. b, et 2

¹ La Confédération peut allouer des subventions pour promouvoir :

b. *abrogée*

² Lorsqu'il existe un intérêt national, la Confédération peut assumer elle-même ces tâches ainsi que la formation initiale et la formation continue de spécialistes.

13. Loi fédérale du 3 octobre 2003 sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC)²¹

Art. 9, al. 2^{bis}

Abrogé

14. Loi du 5 octobre 1990 sur les subventions (LSu)²²

Art. 7, al. 2

² Les aides financières ne peuvent en règle générale excéder 50 % des coûts de la tâche soutenue. Elles peuvent être plus élevées dans des cas dûment motivés, en particulier si elles sont aménagées de manière dégressive. *« dégressivité » est introduit par « aménagement de manière dégressive » art. 74 RS 142.312 et à l'art. 56 RS 172.20.111.311, volume est dégressif et qu'elles sont limitées dans le temps.*

15. Loi du 21 juin 1996 sur l'imposition des huiles minérales (Limpmin)²³

Art. 18, al. 1^{bis} et 1^{ter}²⁴

Abrogés

[Cf. commentaire dans la version allemande].

Formatiert: Nummerierte Liste + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: a, b, c, ... + Beginnen bei: 1 + Ausrichtung: Links + Ausgerichtet an: 0.37 cm + Einzug bei: 1.01 cm

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

²¹ RS 613.2

²² RS 616.1

²³ RS 641.61

²⁴ FF 2024 686, annexe

16. Loi du 23 décembre 2011 sur le CO₂²⁵

Personne de contact pour le ch. 16: Barbara Grüter, section allemande, services linguistiques centraux, ChFA

Art. 33a Principe

Jusqu'à la fin 2021, 41 % au plus, puis à partir de 2022, 45 % (cf. avis matériel OFE) formuler disposition provisoire pour les années jusqu'à 2031. Un tiers au plus du produit de la taxe sur le CO₂ est utilisé à des fins suivantes:

- l'encouragement de technologies et de processus innovants (art. 6 LCI²⁶) et couverture des risques (art. 7 LCI);
- le programme d'impulsion de remplacement des installations de production des installations de chauffage à combustible fossile et des chauffages électriques fixes à résistances par une production de chaleur à base d'énergies renouvelables de chaleur et, ainsi que pour les mesures dans le domaine de l'efficacité énergétique (art. 50a LEn²⁷) (cf. commentaire dans la version allemande > formulation analogue à l'art. 50a, al. 1, LEn);
- l'encouragement de projets d'utilisation directe de la géothermie pour la production de chaleur;
- alimentation du fonds d'encouragement de technologies pour le financement de soutien visant la réduction des gaz à effet de serre (art. 35) (cf. commentaire dans le texte allemand).

² Sur les produits annuels visés à l'al. 1, un montant de 400 millions de francs le montant visé à l'al. 1 ne dépasse pas 400 millions de francs, il est au plus est d'abord utilisé à parts égales pour le financement des encouragements mesurés visés à l'al. 1, let. a et b.

³ Si le montant visé à l'al. 1 Le montant des produits annuels visés à l'al. 1 qui dépasse 400 millions de francs, la part du montant qui est supérieure à 400 millions de francs est utilisée jusqu'à hauteur de 50 millions de francs, à parts égales pour le financement des mesures pour le financement des encouragements visés à l'al. 1, let. c et d. (cf. commentaire dans la version allemande).

^{3bis} Si le montant visé à l'al. 1 dépasse 450 millions de francs, la part du montant qui dépasse 450 millions de francs est utilisée jusqu'à hauteur de 5 millions de francs pour le financement de la mesure visée à l'al. 1, let. c, étant entendu que l'encouragement visé à la let. c est de 30 millions de francs au plus et l'encouragement visé à la let. d, de 25 millions de francs au plus.

(Voir explication dans le texte allemand concernant notre proposition concernant les al. 3 et 3bis)

²⁵ RS 641.71; FF 2024 686

²⁶ RS 814.310

²⁷ RS 730.0

hat formatiert: Schriftart: Fett, Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Fett, Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hochgestellt, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

⁴⁴ À la fin d'un exercice comptable, les moyens à affectation obligatoire non épuisés ne peuvent dépasser 150 millions de francs. *[Cf. commentaire dans la version allemande]*

⁴⁵ Les moyens à affectation obligatoire non épuisés visés à l'al. 34 peuvent être utilisés au cours des années civiles suivantes en complément des plafonds visés aux al. 2 et 3 pour le financement des ~~encouragements-mesures~~ visés à l'al. 1. *[Cf. commentaire dans la version allemande]*

[Cf. dessous : variante où al. 4 et 5 sont regroupés]

³ À la fin d'un exercice comptable, les moyens à affectation obligatoire non épuisés qui dépassent 150 millions de francs peuvent être utilisés au cours des années civiles suivantes en complément des moyens visés à l'al. 1.

Art. 34 et 34a

Abrogés

Art. 35 Encouragement des technologies visant la réduction des gaz à effet de serre

¹ L'encouragement des technologies visant à la réduction des gaz à effet de serre est assuré par un fonds (fonds de technologie). *[Formulation analogue à l'art. 36 Ch. Deuxième solution possible, analogue à l'art. 37 L.Éne. : « Un fonds spécial au sens de l'art. 52 de la loi du 7 octobre 2005 sur les finances est créé pour l'encouragement des technologies visant à la réduction des gaz à effet de serre (fonds de technologie). »]*

² Le fonds de technologie visé à l'art. 33a, al. 1, ~~est~~ est géré par le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication.

³ Il permet à la Confédération de cautionner des prêts à des entreprises afin de développer et de commercialiser des installations et des procédés visant à ~~un des buts suivants~~ :

- diminuer les émissions de gaz à effet de serre ;
- permettre l'utilisation d'énergies renouvelables, ~~ou~~ ;
- promouvoir l'utilisation parcimonieuse des ressources naturelles.

[Cf. commentaire dans la version allemande concernant l'énumération]

⁴ Les cautionnements sont octroyés pour une durée maximale de 10 ans.

⁵ Un endettement du fonds n'est pas autorisé. *[Le fonds de technologie ne doit pas s'endetter. Formulation analogue art. 9, RS 725.13, comme dans le texte allemand].* Si le fonds est déficitaire à cause de pertes sur cautionnement imprévues, les moyens visés à l'art. 33a, al. 1, sont d'abord utilisés aux fins pour les l'alimentation des dettes du fond de technologie, puis pour les encouragements visés à l'art. 33a. *[« zunächst... erst dann » > « d'abord... puis » cf. art. 17, RS 935.12], en dérogation à*

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

hat formatiert: Hervorheben

à la répartition visée à l'art. 33a, al. 2 et 3. Le Conseil fédéral règle les modalités. *[CF, commentaire dans le texte allemand]*

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

Art. 36, al. 1, let. b et d

¹ Les moyens suivants sont répartis entre la population et les milieux économiques en fonction des montants qu'ils ont respectivement versés :

- b. la part du produit de la taxe sur le CO₂ qui n'est pas utilisée pour *les le financement des encouragements mesures* visées à l'art. 33a ;
- d. les moyens qui n'ont pas pu être utilisés en vertu de l'art. 33a, al. 3-3 : ils sont répartis tous les cinq ans.

Art. 37a Mesures de réduction des émissions de gaz à effet de serre dans le secteur de l'aviation

¹ Une part de 50 % au plus des *Les* recettes issues de la mise aux enchères des droits d'émission pour avions *est sont* utilisée à hauteur de 50 % au plus pour la mise en place de mesures visant à réduire les émissions de gaz à effet de serre dans le secteur de l'aviation, notamment le développement et la production de carburants d'aviation synthétiques renouvelables.

² *À la fin d'un exercice comptable, les* moyens à affectation obligatoire non épuisés peuvent être utilisés au cours des années civiles suivantes. *[CF, commentaire dans la version allemande : formulation analogue à l'art. 33a, al. 3 et 4 2]*

³ Les contributions aux mesures prévues à l'al. 1 *Les* moyens d'encouragement se montent au plus à 50 % des coûts imputables. *[CF, commentaire dans la version allemande]*

⁴ Le Conseil fédéral règle les conditions d'octroi et le calcul des moyens d'encouragement.

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

Art. 41, titre et al. 1 1^{re} phrase

hat formatiert: Hochgestellt

Information

¹ La Confédération peut encourager *des* plateformes et *autres des activités* travaux d'information dans le domaine de la protection du climat. *Le Conseil fédéral règle les conditions d'octroi et le calcul des moyens d'encouragement.*

² *Les autorités compétentes* informent le public et *conçoivent les commu* les entreprises et les consommateurs sur la protection du climat.

Art. 41a, al. 1 et 2

¹ Dans le cadre de l'offre de prestations du transport régional de voyageurs *Jusqu'en 2030, la Confédération contribue pour ce qui est des prestations du transport régional de voyageurs qu'elle commande conjointement avec par la Confédération et les cantons (en vertu de l'art. 28 de la loi du 20 mars 2009 sur le transport de voya-*

geurs²⁵⁾, la Confédération contribue jusqu'en 2030 à hauteur de 30 millions de francs par an au plus²⁶⁾.

- a. à l'acquisition de véhicules routiers et de bateaux^[cf. commentaires dans la version allemande] à propulsion électrique, et
b. à la conversion de bateaux à la propulsion électrique.

²⁾ Les contributions couvrent les coûts suivants à hauteur de :

- a. pour les véhicules routiers : à hauteur de 75 % des coûts d'investissement supplémentaires après déduction de tous les moyens d'encouragement ;
b. pour les bateaux : à hauteur de 30 % des coûts d'investissement supplémentaires ou des coûts générés par la conversion des bateaux à la propulsion électrique, après déduction de tous les moyens d'encouragement.

17. Loi du 19 décembre 1997 relative à une redevance sur le trafic des poids lourds (LRPL)²⁷⁾

[Personne de contact pour le ch. 17 : Barbara Grüter, section allemande, services linguistiques centraux, ChF]

Art. 19, al. 2 et 2bis²⁸⁾

²⁾ La part de la Confédération au produit net est destinée au financement des opérations suivantes :

- a. versement au fonds d'infrastructure ferroviaire prévu dans la loi du 21 juin 2013 sur le fonds d'infrastructure ferroviaire²⁹⁾ ;
b. couverture des coûts non couverts du trafic routier qu'elle supporte.

^{2bis)} Lorsque la réserve du fonds d'infrastructure ferroviaire est inférieure à 300 millions de francs, la part de la Confédération est destinée en premier lieu au financement du versement à ce fonds [cf. commentaires version allemande concernant les al. 1 et 2. Cf. avis matériel de l'OFJ].

²⁵⁾ RS 745.1

²⁶⁾ RS 641.81

²⁷⁾ FF 2024 2495

²⁸⁾ RS 747.146 dans la version selon modification du 27 septembre 2024 (FF 2024 734). Clarifier la présentation des dispositions qui ne sont pas encore en vigueur avec la section du droit de la ChF et uniformiser la présentation dans tout l'acte modificatoire unique.

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

Formatiert: Nummerierte Liste + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: a, b, c, ... + Beginnen bei: 1 + Ausrichtung: Links + Ausgerichtet an: 1.21 cm + Einzug bei: 1.84 cm

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett, Nicht

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett, Nicht

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Fett, Kursiv

18. Loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'impôt fédéral direct (LIFD)³²Art. 38, al. 1^{er}, 2 et 3

^{1er} Les prestations en capital versées au cours de la même année fiscale sont additionnées. Les époux doivent l'impôt sur leurs prestations en capital indépendamment l'un de l'autre.

² L'impôt dû pour une année fiscale est le suivant : *[Cf. commentaire dans la version allemande]*

– pour les montants allant jusqu'à	20 000 francs	0,1 %
– pour les montants allant de 20 000 à	50 000 francs	0,25 %
– pour les montants allant de 50 000 à	100 000 francs	1 %
– pour les montants allant de 100 000 à	250 000 francs	3 %
– pour les montants allant de 250 000 à	1 million de francs	5 %
– pour les montants allant de 1 million à	10 millions de francs	de 7,5 %
– pour les montants supérieurs à 10 millions de francs		11,5 %

³ Aucune déduction n'est accordée autorisée. *[Comme l'allemand utilise le même verbe que dans le droit en vigueur, il convient de garder aussi le même verbe en français.]*

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

19. Loi fédérale du 21 juin 1991 sur l'aménagement des cours d'eau³³

Art. 7, al. 1, let. a, et 2, let. a

¹ La Confédération peut, dans le but d'harmoniser la pratique en matière d'exécution et la mise en œuvre efficace de la gestion intégrée des risques, allouer des aides financières pour :

a. *abrogée*

² Les aides financières peuvent être allouées :

abrogée

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Schriftart: Fett, Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

³² RS 642.11

³³ RS 721.100 : FF 2024 687 *[clarifier la présentation des dispositions qui ne sont pas encore en vigueur avec la section du droit de la ChF et uniformiser la présentation dans tout l'acte modificatoire unifié]*

20. Loi fédérale du 22 mars 1985 concernant l'utilisation de l'impôt sur les huiles minérales à affectation obligatoire et des autres moyens affectés à la circulation routière et au trafic aérien (*L.LMin*)³⁴

[Personne de contact pour le ch. 17 : Barbara Grüter, section allemande, services linguistiques centraux, ChF]

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Art. 4, al. 2

² La part afférant aux contributions visées à l'art. 86, al. 3, let. d et e, Cst., (contributions au financement de mesures autres que techniques) est fixée pour quatre ans ; elle s'élève à 24 % de la moitié du produit net de l'impôt à la consommation prélevé sur les carburants à l'exception des carburants d'aviation en vertu de l'art. 131, al. 1, let. e, Cst.

Art. 37f, al. 1, let. a et f

¹ Dans le but de promouvoir un niveau élevé de sécurité technique dans le trafic aérien, la Confédération peut octroyer des contributions :

- a. au financement des services de contrôle d'approche et de départ sur les aéroports suisses dotés d'un service de navigation aérienne, pour autant que ces services présentent un intérêt pour la Confédération ;
- f. aux prestataires de services de navigation aérienne *[CF commentaire dans la version allemande]*

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

² Le Conseil fédéral définit ce qu'est le cas dans lesquels les services visés à l'al. 1, let. a, présentent un intérêt pour la Confédération au sens de l'al. 1, let. a *[CF commentaire dans la version allemande et avis matériel de l'OFJ]*

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

21. Loi du 30 septembre 2016 sur l'énergie (*L.Ene*)³⁵

Art. 49, al. 2 à 4

Abrogés

Art. 50a, al. 1 à 3³⁶

¹ Dans le cadre d'un programme d'impulsion doté de 200 millions de francs au plus par année et limité à une durée de dix ans, la Confédération encourage le remplacement des installations de chauffage à combustible fossile et des chauffages électriques fixes à résistances par une production de chaleur à base d'énergies renouvelables, ainsi que les mesures dans le domaine de l'efficacité énergétique.

² Les cantons se chargent de l'exécution.

³⁴ RS 725.116.2

³⁵ RS 730.0

³⁶ Lp 2013-2017, message *[Haut de page]* de la Loi fédérale 3020

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

³ Ils peuvent réserver les moyens financiers auprès de la Confédération au fur et à mesure de leurs besoins et jusqu'à concurrence du montant des demandes qu'ils ont approuvées. Le montant est versé au canton lorsqu'une mesure est achevée. La Confédération informe au fur et à mesure les cantons des moyens financiers disponibles.

Art. 51, al. 2, et 53, al. 2^{ba} et 3, let. a³⁷

Abrogé ou sans objet (cf. commentaire version allemande)

hat formatiert: Hervorheben

22. Loi fédérale du 19 décembre 1958 sur la circulation routière (LCR)³⁸

Art. 105a³⁹

Abrogé sans objet

23. Loi du 17 décembre 2010 sur la poste (LPO)⁴⁰

Art. 16, al. 4, 6 et 7

⁴ Des rabais sont accordés pour la distribution des quotidiens et hebdomadaires de la presse locale et régionale.

⁶ Les rabais sont soumis à l'approbation du Conseil fédéral.

⁷ La Confédération alloue pour l'octroi de rabais des contributions annuelles de 25 millions de francs pour la presse régionale et locale. La Confédération alloue chaque année 25 millions de francs aux rabais pour la presse régionale et locale.

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Französisch (Schweiz), Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

³⁷ FF 2022 2403, annexes clarifier la présentation des dispositions qui ne sont pas encore en vigueur avec la section du droit de la ChF et uniformiser la présentation dans tout l'acte modificatoire unique

RS 741.01

³⁸ FF 2023 791 clarifier la présentation des dispositions qui ne sont pas encore en vigueur avec la section du droit de la ChF et uniformiser la présentation dans tout l'acte modificatoire unique

⁴⁰ RS 783.0

24. Loi fédérale du 24 mars 2006 sur la radio et la télévision (LRTV)⁴¹

Art. 28 Services journalistiques destinés à l'étranger

¹ En situation de crise, le Conseil fédéral peut conclure avec la SSR des mandats de prestations à court terme afin de contribuer à la compréhension entre les peuples. La Confédération prend en charge la totalité des coûts.

² La Confédération rembourse à la SSR la totalité des frais occasionnés par les prestations prévues à l'art. 1.

Art. 57 et chap. 3 (art. 76)

Abrogés

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

25. Loi du 7 octobre 1983 sur la protection de l'environnement (LPE)⁴²

Art. 49, al. 1, l^{ins}43 et 3

Abrogés en sans objet [cf. commentaire version allemande]

hat formatiert: Hervorheben

26. Loi fédérale du 24 janvier 1991 sur la protection des eaux (LEau)⁴⁴

Art. 57, al. 2

Abrogé

Art. 64, al. 2

² Elle peut allouer des aides financières pour l'information de la population.

Art. 64a

Abrogé

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Französisch (Schweiz), Hervorheben

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

⁴¹ RS 784.40

⁴² RS 814.01

⁴³ FF 2024 2502 Clarifier la présentation des dispositions qui ne sont pas encore en vigueur avec la section du droit de la ChE et uniformiser la présentation dans tout l'acte modificateur unique

⁴⁴ RS 814.20

27. Loi du 21 mars 2003 sur le génie génétique (LGG)⁴⁵

Art. 26, al. 3

Abrogé

28. Loi fédérale du 6 octobre 1995 sur le service civil (LSC)⁴⁶

Art. 46, al. 3, let. c, et art. 47

Abrogés

29. Loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants (LAVS)⁴⁷

Attention : des adaptations rédactionnelles pourraient encore s'avérer nécessaires en fonction de l'avis matériel de l'OFJ.

Art. 103 Contribution de la Confédération

¹ Le montant initial de la contribution de la Confédération correspond à 19,5 % des dépenses de l'AVS l'année précédant l'entrée en vigueur de la modification du ... [cf. commentaire dans le texte allemand]

² Le montant de la contribution de la Confédération [cf. commentaire dans la version allemande] est adapté annuellement au taux de variation des recettes de la taxe sur la valeur ajoutée. Celles-ci sont corrigées en fonction des modifications des taux ou de la base de calcul.

³ La contribution de la Confédération correspond au moins au montant initial visé à l'al. 1, après adaptation au renchérissement cumulé depuis l'entrée en vigueur de la modification du XXX. [cf. avis matériel OFJ]

⁴ La contribution à l'allocation pour impotent visée à l'art. 102, al. 2, est déduite de la contribution de la Confédération du montant calculé conformément à l'al. 2. [cf. avis matériel OFJ]

⁵ Le Conseil fédéral règle les modalités. [cf. avis matériel OFJ]

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Muster: Transparent (Weiß), Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

Formatiert: Standard, Block, Abstand Vor: 4 Pt, Zeilenabstand: Genau 10 Pt.

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

⁴⁵ RS 814.91⁴⁶ RS 824.0⁴⁷ RS 831.10

30. Loi fédérale du 18 mars 1994 sur l'assurance-maladie (LAM)⁴⁸

[Personne de contact pour le ch. 17 : Isabel Kamber, section allemande, services linguistiques centraux, ChF]

[IMPORTANT : étant donné que le texte allemand devra être significativement révisé, la CIR n'est pas intervenue dans le texte français marqué en rouge ci-dessous. Le cas échéant, nous vous enverrons des propositions de formulation correctes pendant une fois que le texte original atteint sa version définitive.]

Art. 54, al.

Il peut les adapter en cours de période si les bases qui ont servi à les fixer ont considérablement changé.

Art. 66, al.

Le Conseil fédéral fixe le montant des subsides de la Confédération pour quatre ans. Ce montant correspond à 7,5 % des coûts bruts de l'assurance obligatoire des soins occasionnés l'année précédant une période quadriennale et évolue chaque année en fonction des objectifs en matière de coûts visés à l'art. 54.

Art. 106 Fixation des subsides de la Confédération

Les subsides de la Confédération visés à l'art. 66 sont fixés la première fois pour la période allant de 2028 à 2031.

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

31. Loi fédérale du 6 octobre 2006 sur la politique régionale⁴⁹Art. 21, al. 1 et 3, 2^e phrase

La Confédération finance les mesures prévues par la présente loi ~~soient financées~~ au moyen d'un fonds de développement régional. [Pourquoi avoir changé la formulation de cet alinéa ? Quelle disposition institue le fonds à présent ?]

Les retraits du fonds et les conditions de prêt sont fixés en tenant compte des pertes sur les prêts en cours, du produit des intérêts et du renchérissement. Un endettement du fonds n'est pas autorisé. Le fonds ne doit pas s'endetter. [L'allemand n'a pas changé - formulation analogue à l'art. 9 RS 725.13]

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

hat formatiert: Französisch (Schweiz)

⁴⁸ RS 832.10 ; FF 2014 2412 [clarifier la présentation des dispositions qui ne sont pas en accord avec la section du droit de la ChF et uniformiser la présentation dans tout l'acte modificatoire unique]

⁴⁹ RS 901.0

32. Loi du 29 avril 1998 sur l'agriculture ⁵⁰

[Personne de contact pour le ch. 17 : Isabel Kamber, section allemande, services linguistiques centraux, ChF]

[IMPORTANT : étant donné que le texte allemand devra être significativement révisé, la CIR n'est pas intervenue dans le texte français marqué en rouge ci-dessous. Le cas échéant, nous vous enverrons des propositions de formulation correctes une fois que le texte original atteint sa version définitive.]

Art. 22 Mise aux enchères des contingents tarifaires

¹ En règle générale, les contingents tarifaires sont mis aux enchères. Il peut être dérogé à cette règle dans les circonstances suivantes :

- l'évolution du marché nécessite une attribution immédiate ;
- en raison de l'évolution du marché, les recettes escomptées sont inférieures aux frais occasionnés par la mise aux enchères ;

² En présence des circonstances visées à l'al. 1, let. a et b, les contingents tarifaires peuvent être attribués selon l'un des critères suivants :

- l'ordre des taxations ;
- les quantités importées jusqu'alors par les requérants ;
- les parts de marchés ;
- la quantité demandée ;

³ Afin d'éviter les abus, le Conseil fédéral peut priver des importateurs du droit aux contingents tarifaires.

⁴ Il peut déléguer au DEFR la compétence de fixer les critères de l'al. 2 concernant l'attribution des contingents tarifaires.

⁵ L'attribution des contingents tarifaires fait l'objet d'une publication.

Art. 23 et 24

Abrogés

Art. 30, 31, al. 1, let. a, 31^{bis} et 32

Abrogés

Art. 76, al. 3

¹ La Confédération prend en charge 50 %, au plus, des contributions définies dans le projet. Les cantons assurent le financement du solde.

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Französisch (Schweiz), Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

⁵⁰ RS 910.1

33. Loi du 1^{er} juillet 1966 sur les épizooties (L.Fe)⁵¹*Va. (art. 45a)**Abrogé***34. Loi du 4 octobre 1991 sur les forêts (L.Fe)⁵²***Art. 29, al. 1 et 2*¹ La Confédération coordonne la formation dans le domaine forestier.² *Abrogé**Art. 34a* Vente et valorisation du bois

La Confédération encourage des projets favorisant la vente et la valorisation du bois produit selon les principes du développement durable *[Cf. commentaire dans la version allemande]*

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben*Art. 38a, al. 1, let. e et 2, let. a***hat formatiert:** Französisch (Schweiz)

¹ La Confédération alloue des aides financières pour des mesures qui améliorent la rentabilité de la gestion des forêts selon les principes du développement durable, notamment pour :

e. *abrogée*

² Les aides financières sont allouées :

- a. pour les mesures visées à l'al. 1, let. a, b, d, f et g : sous la forme de contributions globales sur la base de conventions-programmes conclues avec les cantons ;

*Art. 39**Abrogé***35. Loi du 20 juin 1986 sur la chasse (L.ChP)⁵³***Art. 14, al. 4*

⁴ La Confédération gère le *C*entre suisse de recherche et de documentation sur la gestion de la faune sauvage. Elle encourage l'information du public et peut allouer

hat formatiert: Nicht Hervorheben

⁵¹ RS 916.40

⁵² RS 921.0

⁵³ RS 922.0

des subventions à des centres de recherche et à d'autres institutions de recherche ou de conseil d'importance nationale.

36. Loi fédérale du 21 juin 1991 sur la pêche (LFSP)⁵⁴

Art. 13, al. 1

Abrogé

II

Sont abrogées :

1. la loi fédérale du 17 juin 2022 sur les contributions à l'École cantonale de langue française de Berne⁵⁵;

2. la loi fédérale du 3 mai 1991 accordant une aide financière en faveur de la sauvegarde et de la gestion de paysages ruraux traditionnels⁵⁶.

III

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

Formatiert: Einzug: Links: 1.21 cm

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

⁵⁴ RS 923.0

⁵⁵ RO 2022 786

⁵⁶ RO 1991 1974, 2000 935, 2008 3437, 2010 4999, 2019 2337

Stellungnahme der verwaltungsinternen Redaktionskommission (VIRK)

vom 8. Januar 2025

Für die Sprachdienste der BK: Stefan Höfler (D) und Liviu Groza (F)

Für die Rechtsetzungsberichterstattung des BJ: Thomas Braunschweig

Vorbemerkung zur Verwendung des Begriffs «gegenstandslos»:

Wir verstehen das Anliegen, zwischen der Aufhebung von Bestimmungen, die in Kraft sind, und solchen, die noch nicht in Kraft sind, zu unterscheiden. Die Verwendung des Begriffs «gegenstandslos» scheint uns dafür aber nicht geeignet. «Gegenstandslos» ist gemäss gängiger Verwendung im Recht etwas, wenn es den Gegenstand, den es betrifft, nicht (oder nicht mehr) gibt (z. B. eine Regelung zur arterschützenden Haltung von Dodos oder eine Mahnung für eine erfolgte Zahlung). Die Bestimmungen, um die es nachstehend geht, werden aber nicht gegenstandslos, sondern sie (bzw. der Beschluss, durch den sie erlassen wurden) werden aufgehoben, noch bevor sie überhaupt in Kraft getreten sind.

Die geltenden gesetzestechnischen Richtlinien (GTR) sehen keine begriffliche Unterscheidung vor zwischen der Aufhebung von Bestimmungen, die in Kraft sind, und solchen, die noch nicht in Kraft sind. Die VIRK ist der Meinung, dass sich Erlasse, entwürfe des Bundesrates an die geltenden GTR halten müssen. Allfällige Änderungsanträge müssten über die zuständige GTR-Begleitgruppe eingebracht werden. Wir haben den Begriff «gegenstandslos» deshalb im ganzen Mantelerlass durch das GTR-konforme «aufgehoben» ersetzt.

hat formatiert: Schriftart: Fett

Formatiert: Tabkörper 4/9pt, Rahmen: Kasten: (Einfache einfarbige Linie, Automatisch, 0.5 Pt. Zeilenbreite), Muster: Transparent (Gelb), Tabstopps: Nicht an 9.5 cm

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

**Bundesgesetz
über das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt**

Entwurf

vom ...

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...¹,
beschliesst:

¹ BB1 ...

I

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Ausländer- und Integrationsgesetz vom 16. Dezember 2005² (AIG)

Art. 87 Abs. 3 und 4

³ Die Pauschalen nach Absatz 1 Buchstaben a und b werden während längstens vier Jahren nach der Einreise ausgerichtet.

⁴ Die Pauschale nach Absatz 1 Buchstabe d wird während längstens vier Jahren nach der Anerkennung der Staatenlosigkeit ausgerichtet.

Art. 126a^{126h} Übergangsbestimmung zur Änderung vom ... (Die bestehenden Übergangsbestimmungen gehen bereits chronologisch bis Art. 126g)

Im Jahr des Inkrafttretens der Änderung wird die Pauschale nach Artikel 87 Absatz 3 während längstens fünf Jahren nach der Einreise und die Pauschale nach Artikel 87 Absatz 4 während längstens fünf Jahren nach der Anerkennung der Staatenlosigkeit ausgerichtet. (Wir verstehen diese Formulierung nicht. Ist allenfalls das Folgende gemeint (vgl. Art. 121a AsylG)? Erfolgte die Einreise oder die Anerkennung der Staatenlosigkeit vor Inkrafttreten der Änderung vom ..., so wird die Pauschale nach Artikel 87 Absatz 3 beziehungsweise 4 während längstens fünf Jahren nach der Einreise beziehungsweise Anerkennung, aber höchstens bis zum Ende des Jahres ausgerichtet, in dem die Änderung in Kraft tritt.

2. Asylgesetz vom 26. Juni 1998³ (AsylG)

Art. 88 Abs. 2^{waiter-Satz}, Abs. 3 und Abs. 3^{6a}

² Die Pauschalen für asylsuchende und schutzbedürftige Personen (Streichen: «ohne Aufenthaltserlaubnis»; 1. Stellungnahme BJ) decken namentlich die Kosten für die Sozialhilfe sowie die obligatorische Krankenversicherung und enthalten zudem einen Beitrag an die Betreuungskosten. Sie werden während der gesamten Dauer des Asylverfahrens, und längstens aber (oder können sie über die Dauer des Asylverfahrens hinaus ausgerichtet werden, wenn dieses weniger als vier Jahre dauert?), während vier Jahren nach Einreichung des Gesuches um vorübergehenden Schutz ausgerichtet.

³ Die Pauschalen für Flüchtlinge und für Flüchtlinge mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66a oder 66a^{6a} StGB⁴ oder Artikel 49a oder 49a^{6a} MStG⁵ oder mit einer rechtskräftigen Ausweisung nach Artikel 68 AIG⁶ decken namentlich die Kosten für die Sozialhilfe und enthalten zudem einen Beitrag an die

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: (Standard) Times New Roman, 9 Pt, Schriftfarbe: Automatisch, Muster: Transparent

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: (Standard) Times New Roman, 9 Pt, Schriftfarbe: Automatisch, Muster: Transparent, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: (Standard) Times New Roman, 9 Pt, Schriftfarbe: Automatisch, Muster: Transparent

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

² SR 142.20

³ SR 142.31

⁴ SR 311.0

⁵ SR 321

⁶ SR 142.20

Betreuungs- und Verwaltungskosten. Sie werden während längstens vier Jahren nach Einreichung des Asylgesuchs ausgerichtet.

^{3bis} Der Bund kann für Personen, die im Rahmen einer Asylgewährung für Flüchtlingsgruppen nach Artikel 56 in der Schweiz aufgenommen werden, die Pauschale nach Absatz 3 länger als vier Jahre ausrichten, namentlich wenn diese Personen bei ihrer Einreise behindert oder betagt sind.

Art. 121a Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Im Jahr des Inkrafttretens der Änderung wird die Pauschale nach Artikel 88 Absatz 2 während längstens fünf Jahren nach Einreichung des Gesuches um vorübergehenden Schutz und die Pauschale nach Artikel 88 Absatz 3 während längstens fünf Jahren nach Einreichung des Asylgesuches ausgerichtet. [Wir verstehen diese Formulierung nicht. Ist allenfalls das Folgende gemeint (vgl. Art. 126h ATG)?] Wurde ein Gesuch um vorübergehenden Schutz oder ein Asylgesuch vor dem Inkrafttreten der Änderung vom ... eingereicht, so wird die Pauschale nach Artikel 88 Absatz 2 beziehungsweise 3 während längstens fünf Jahren nach Einreichung des Gesuchs, aber höchstens bis zum Ende des Jahres ausgerichtet, in dem die Änderung in Kraft tritt.

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

3. Bundesgesetz vom 17. März 2023⁷ über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBA-G)

Art. 17

Aufgehoben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

4. Opferhilfegesetz vom 23. März 2007⁸ (OHG)

Art. 31

Aufgehoben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

⁷ SR 172.019

⁸ SR 312.5

5. Bundesgesetz vom 5. Oktober 1984⁹ über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug

Art. 10 Höhe der Beiträge

Der Beitrag beläuft sich auf höchstens 50 Prozent der anerkannten Projektkosten, bei bestehenden Einrichtungen auf höchstens 50 Prozent der projektbedingten Mehrkosten.

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

6. Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002¹⁰ (BBG)

Art. 57 Abs. 1¹¹

^{11a} Beiträge nach den Artikeln 54 und 55 decken höchstens 50 Prozent der anrechenbaren ~~Aufwände~~ ~~Kosten~~. ~~(gemäss Terminologie BBG)~~

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

7. Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vom 30. September 2011¹¹ (HFKG)

Art. 2 Abs. 3

³ Für die ETH, die anderen eidgenössischen Institutionen des Hochschulbereichs und die pädagogischen Hochschulen gilt dieses Gesetz mit Ausnahme der Bestimmungen über die Grundbeiträge sowie die Bauinvestitions- und die Baumutungsbeiträge.

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

Art. 12 Abs. 3 Bst. f und **47 Abs. 1 Bst. c** und **Abs. 2**

Aufgehoben

Art. 47 Abs. 1 Bst. c und **Abs. 2**

Aufgehoben

Formatiert: Absatz

Art. 48 Abs. 3 und 4

Aufgehoben

⁴ Die Bundesversammlung beschliesst mit einfachem Bundesbeschluss einen Verpflichtungskredit für die Bauinvestitions- und Baumutungsbeiträge sowie für die Beiträge an gemeinsame Infrastruktureinrichtungen der Hochschulen und anderen Institutionen des Hochschulbereichs.

⁹ SR 341
¹⁰ SR 412.10
¹¹ SR 414.20

Art. 50 Beitragssätze

Der Bund übernimmt vom Gesamtbetrag der Referenzkosten:

- höchstens 18,4 Prozent bei den kantonalen Universitäten;
- höchstens 27 Prozent bei den Fachhochschulen.

8. Kapitel 5. Abschnitt (Art. 59–61)

Aufgehoben

Einfügen vor dem Gliederungstitel des 4. Abschnitts

Art. 80a Pflegefinanzierung

Für die Finanzhilfen auf Beiträge (gemäss Terminologie des erwähnten Bundesgesetzes) zur Förderung der Ausbildungsabschlüsse in der Pflege an den kantonalen Fachhochschulen ~~gemäss nach Artikel ...~~ Auf welche Beiträge bezieht man sich hier genau? Oder geht es um alle Beiträge nach diesem Bundesgesetz? Dann müsste der Zusatz «zur Förderung ... Fachhochschulen» gestrichen werden. des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2022¹² über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege bleiben nach Inkrafttreten der Änderung vom ... bis Ende 2031 die folgenden Bestimmungen nach bisherigem Recht anwendbar:

- Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe f;
- Artikel 47 Absatz 1 Buchstabe c;
- Artikel 48 Absatz 4 Buchstabe b;
- Artikel 59–61.

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

hat formatiert: Hervorheben

8. ~~Schweizer~~schulengesetz vom 21. März 2014¹³ (SSSchG)**Art. 3 Abs. 1 Bst. q**

¹ Der Bundesrat anerkennt eine Schule im Ausland als beitragsberechtigte Schweizer-schule, wenn sie:

- ihren Standort ausserhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat.

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

3. Abschnitt (Art. 14–16)

Aufgehoben

¹² SR 811.22
¹³ SR 418.0

Art. 25 Abs. 5

⁵ Die Finanzhilfen an anerkannte Schweizer Schulen in Italien und Spanien enden mit Ablauf des Schuljahres 2026/2027. ~~Die Ihre~~ Anerkennung als Schweizerschule erlischt von Gesetzes wegen per Ende Schuljahr 2029/2030. Die Anerkennungs Voraussetzungen nach Artikel 3 Buchstaben a–h und j–p müssen bis zum Wegfall der Anerkennung dauernd erfüllt sein.

9. Bundesgesetz vom 20. Juni 2014¹⁴ über die Weiterbildung ~~(VwBiG)~~

Gliederungstitel nach Art. 10

4. Abschnitt: Ressortforschung des Bundes

[Der 4. Abschnitt enthält jetzt nur neu nur noch Art. 11.]

Art. 11 Ressortforschung des Bundes

[Einzigster Artikel des Abschnitts, deshalb ohne Sachüberschrift: vgl. GTR Rz. 80]

Die Ressortforschung des Bundes in der Weiterbildung richtet sich nach Artikel 16 Absatz 2 Buchstaben a–c des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1012¹⁵ über die Förderung der Forschung und der Innovation.

Art. 12¹⁶ und 16 ~~und~~ sowie 6. Abschnitt (Art. 17)

Aufgehoben

10. Bundesgesetz vom 14. Dezember 2012¹⁶ über die Förderung der Forschung und Innovation ~~(FFG)~~Art. 18 Abs 2 Bst. b¹⁷

Aufgehoben

Bemerkung zu Artikel 19:

Der Wunsch, die Absätze neu durchnummerieren, rechtfertigt keine Totalrevision des Artikels. Folgende Argumente sprechen dagegen, den Artikel total zu revidieren.

1. Es wird nicht sichtbar, welche Teile tatsächlich materiell geändert werden. (Tatsächlich wird nur ein kleiner Teil der Bestimmungen des Artikels geändert.)

2. Die parlamentarische Beratung wird erschwert, weil auf der Fahne der Vergleich mit dem geltenden Recht aufgrund der neuen Nummerierung schwieriger ist.

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Fett

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Fett, Nicht Kursiv

Formatiert: Absatz

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Fett, Kursiv

Formatiert: Rahmen: Kasten: (Einfache einfarbige Linie, Automatisch, 0.5 Pt. Zeilenbreite), Muster: Transparent (Gelb)

¹⁴ SR 419.1

¹⁵ SR 420.1

¹⁶ SR 420.1

3. Es werden geltende Bestimmungen materiell zur Disposition gestellt, die gar nicht geändert werden sollen. Das kann ungewollt Begehrlichkeiten wecken.

4. Eine Totalrevision würde auch erfordern, dass man diesen überlangen Artikel in mehrere Artikel aufteilt und neu strukturiert. (Die VIRK würde das grundsätzlich begrüßen, hält es aber nicht für den richtigen Zeitpunkt, das jetzt zu tun.)

Es sollten deshalb nur diejenigen Bestimmungen wiedergegeben werden, die tatsächlich ändern.

Art. 19 Abs. 2 Bst. d, 2^{ter} Einleitungssatz, 3. 3^{ter} zweiter und dritter Satz und 5 Förderung von Innovationsprojekten

4. Die Innosuisse als Förderorgan des Bundes für die wissenschaftsbasierte Innovation nach dem Innosuisse-Gesetz vom 17. Juni 2016²⁴ kann Innovationsprojekte fördern, die von Hochschulforschungsstätten oder nichtkommerziellen Forschungsstätten innerhalb des Hochschulbereichs (Forschungspartnern) zusammen mit privaten oder öffentlichen Partnern, die für die Verwertung sorgen (Umsetzungspartnern), durchgeführt werden. [= unverändert geltender Abs. 1]

2. Der Beitrag der Innosuisse dient zur Deckung der direkten Projektkosten der Forschungspartner. Die Innosuisse kann in ihrer Beitragsverordnung vorsehen, dass auch Beiträge an Umsetzungspartner geleistet werden, wenn dies für eine internationale Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftsbasierten Innovation vorausgesetzt wird. [= unverändert geltender Abs. 1^{ter}]

3. Beiträge werden nur gewährt, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

a. Eine wirkungsvolle Umsetzung der Forschungsergebnisse zugunsten der Wirtschaft und der Gesellschaft kann erwartet werden. [= unverändert geltender Abs. 2 Bst. a]

b. Das Projekt kann ohne die Förderung durch den Bund voraussichtlich nicht realisiert werden. [= unverändert geltender Abs. 2 Bst. b]

c. Die Umsetzungspartner beteiligen sich durch Eigenleistungen oder durch Leistungen an die Forschungspartner im Umfang von mindestens 50 Prozent der direkten Gesamtkosten am Projekt.

d. Das Projekt trägt zur praxisorientierten Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses bei. [= unverändert geltender Abs. 2 Bst. c]

2^{ter} aufgehoben

4. 2^{ter} Die Innosuisse kann in Einzelfällen vom Umsetzungspartner eine höhere Beteiligung verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

a. Das Projekt weist geringe Realisierungsrufen und für den Umsetzungspartner gleichzeitig ein überdurchschnittliches wirtschaftliches Erfolgspotenzial auf.

b. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Umsetzungspartners oder die Eigenheiten des Projekts rechtfertigen eine höhere Beteiligung, insbesondere:

Formatiert: Absatz, Rahmen: Kasten: (Einfache einfarbige Linie, Automatisch, 0.5 Pt. Zeilenbreite), Muster: Transparent (Gelb)

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hochgestellt, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

Formatiert: Nummerierte Liste + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: a, b, c, ... + Beginnen bei: 4 + Ausrichtung: Links + Ausgerichtet an: 0.37 cm + Einzug bei: 1.01 cm

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Nicht Hochgestellt/Tiefgestellt

wenn der Umsetzungspartner seine Beteiligung wegen anderweitiger Unterstützung teilweise nicht selber finanziert.

^{4,3} **Innosuisse** Sie kann im Rahmen von gemeinsamen Programmen der Forschungsförderungsinstitutionen Innovationsprojekte fördern, die von Forschungspartnern ohne Umsetzungspartner realisiert werden, sofern die Projekte ein bedeutendes, jedoch noch nicht hinreichend bestimmtes Innovationspotenzial aufweisen.

^{4,3bis} Sie kann Innovationsprojekte von Jungunternehmen fördern, wenn die Projektarbeiten zur Vorbereitung ihres erstmaligen Markteintritts erforderlich sind. Der Beitrag der Innosuisse dient zur Deckung von höchstens 50 Prozent der dem Jungunternehmen selbst entstehenden direkten Projektkosten des Jungunternehmens. **[Fortsetzung gemäß geltendem Recht Abs. 3^{ter} und 3^{ter}] Die Innosuisse legt in ihrer Beitragsverordnung die Kriterien zur Festlegung des Beitrags in ihrer Beitragsverordnung fest.**

² Soweit Schweizer Unternehmen der Zugang zu Förderangeboten für Einzelprojekte der Europäischen Kommission verweigert ist, kann die Innosuisse Innovationsprojekte mit bedeutendem Innovationspotenzial von Jungunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen mit dem Ziel einer raschen und effizienten Vermarktung und einem entsprechenden Wachstum fördern. Der Beitrag der Innosuisse dient zur teilweisen oder vollständigen Deckung sowohl der dem Unternehmen selbst entstehenden direkten Projektkosten als auch der Kosten für Drittleistungen. Die Innosuisse legt die Förderkriterien und die Kriterien für die Bestimmung der Höhe der Eigenleistungen der Unternehmen in ihrer Beitragsverordnung fest. **[= unverändert geltender Abs. 3^{ter}]**

⁵ Sie kann zudem Instrumente zur Beteiligung an den Kosten für Abklärungen der wirkungsvollen Umsetzbarkeit von Projekten der Unternehmen vorsehen. **[= unverändert geltender Abs. 4]**

^{6,3} Sie fördert insbesondere Vorhaben nach den Absätzen 1, 6^{ter} bis und 7^{ter}, die einen Beitrag zur nachhaltigen Ressourcennutzung leisten. **[Änderung, ohne Abs. 3 und 4]**

^{6,4} Die geförderten Vorhaben müssen die Grundsätze der wissenschaftlichen Integrität und der guten wissenschaftlichen Praxis beachten. Bei Verstössen gelten die Sanktionen und die Informationspflicht nach Artikel 12 Absätze 2-4. **[= unverändert geltender Abs. 6]**

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Hervorheben

Art. 20a

Aufgehoben

~~11. Umseiziges Gesetz vom 17. Juni 2016¹⁸~~

~~Diese Folzeinderung (Anpassung der Verweise auf das EFG) ist nicht nötig, wenn man Art. 19 Abs. 2 EFG nicht neu durchnummeriert.~~

~~Art. 23 Bst. b^{neu} und b^{alt}~~

~~Der Verwaltungsrat legt in der Beitragsverordnung namentlich fest:~~

~~b^{neu}, die Fälle, in denen nach Artikel 19 Absatz 2 EFG¹⁹ Beiträge an Umsetzungspartner geleistet werden können;~~

~~b^{alt}, die Kriterien für die Bestimmung der Höhe der Eigenleistungen der Jungunternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen nach Artikel 19 Absätze 6 und 7 EFG;~~

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett

~~12. Bundesgesetz vom 1. Juli 1966²⁰ über den Natur- und Heimatschutz (NHG)~~~~Art. 1 Bst. e~~

Dieses Gesetz hat zum Zweck, im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes nach Artikel 78 Absätze 2–5 der Bundesverfassung:

- e. die Lehre und Forschung im Bereich des Naturschutzes, des Heimatschutzes und der Denkmalpflege zu fördern.

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

Formatiert: Nummerierte Liste + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: a, b, c, ... + Beginnen bei: 4 + Ausrichtung: Links + Ausgerichtet an: 0.37 cm + Einzug bei: 1.01 cm

~~Art. 14a Abs. 1 Bst. b und Abs. 2~~

¹ Der Bund kann Beiträge ausrichten an:

- b. *Aufgehoben*

² Sofern es im gesamtschweizerischen Interesse liegt, kann er selber solche Tätigkeiten sowie ~~die~~ Aus- und Weiterbildungen ~~von für~~ Fachleuten ~~selber~~ durchführen.

~~13. Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003²¹ über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG)~~~~Art. 9 Abs. 2^{neu}~~

Aufgehoben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

¹⁸ SR 420.3

¹⁹ SR 420.3

²⁰ SR 451

²¹ SR 613.2

14. Subventionsgesetz vom 5. Oktober 1990²² (SubG)

Art. 7 Abs. 2

² Finanzhilfen dürfen 50 Prozent der Kosten der unterstützten Aufgabe in der Regel Die Ausnahme kommt ja gleich im zweiten Satz nicht übersteigen. Sie können in begründeten Fällen höher sein, insbesondere wenn der Umfang der Finanzhilfe sie degressiv ausgestaltet und zeitlich befristet sind und die Finanzhilfe zeitlich befristet ist.

15. Mineralölsteuergesetz vom 21. Juni 1996²³ (MinöStG)

[Ansprechperson: Barbara Grüter BK]

Art. 18 Abs. 1^{bis} und 1^{ter}²⁴

Aufgehoben

[Hinweis: Diese Änderung muss mit der Änderung des MinöStG im Rahmen des BAZG-VG koordiniert werden. Mit dem BAZG-VG wird Artikel 18 MinöStG total revidiert (22.061 Anhang 2 Ziff. 26).]

16. CO₂-Gesetz vom 23. Dezember 2011²⁵

[Ansprechperson: Barbara Grüter BK]

Art. 33a Grundsatz

¹ Bis Ende 2031 werden höchstens 41 Prozent ab dem Jahr 2032 höchstens ein Drittel des [s. Stellungnahme BU für die Jahre bis 2031 müsste eine Übergangsbestimmung formuliert werden.] Vom Ertrags aus der CO₂-Abgabe ist höchstens ein Drittel zu verwenden verwendet für:

- die Förderung von neuartigen Technologien und Prozessen (Art. 6 KIG²⁶) und die Absicherung von Risiken (Art. 7 KIG);
- das Impulsprogramm für den Ersatz von Wärmeerzeugungsanlagen fossil betriebener Heizungen und ortsfester elektrischer Widerstandsheizungen durch eine Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz (Art. 50a EnG²⁷); = Formulierung in Art. 50a EnG

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

22 SR 616.1

23 SR 641.61

24 BBl 2024 686 Anhang

25 SR 641.71; BBl 2024 686

26 SR 814.310

27 SR 730.0

- c. die Förderung von Projekten zur direkten Nutzung der Geothermie für die Wärmebereitstellung;

- d. die **Aufnahme des Technologiefonds zur Finanzierung von Bürgschaften an die Förderung von Technologien zur Verminderung der Treibhausgase (Art. 35)**. **(Bst. d parallel zu den Bst. a und c formuliert. Hier wird der Gegenstand der Förderung geregelt, die Finanzierung folgt erst in Art. 35.)**

² Von den jährlichen Erträgen nach Absatz 1 vom zu verwendenden Betrag werden vorab höchstens bis zu 400 Millionen Franken je zur Hälfte für die Förderungsmassnahmen nach Absatz 1 Buchstaben a und b eingesetzt.

³ Übersteigt der zu verwendende Betrag 400 Millionen Franken, so werden von dem Anteil, der 400 Millionen Franken übersteigt, von den jährlichen Erträgen nach Absatz 1, die 400 Millionen Franken übersteigen, wird bis zu 50 Millionen Franken je zur Hälfte für die Förderungsmassnahmen nach Absatz 1 Buchstaben c und d eingesetzt, wobei die Förderung nach Buchstabe c höchstens 20 Millionen Franken und diejenige nach Buchstabe d höchstens 25 Millionen Franken beträgt. **(Abs. 3 ist sich widersprüchlich, «die Hälfte» bedeutet, dass für beide Fördermassnahmen gleich viel Geld eingesetzt wird, im Nebensatz werden dann aber zwei unterschiedliche Höchstbeträge genannt. Wir gehen davon aus, dass Folgendes gemeint ist: Wenn der Drittel des Ertrags mehr als 400 Millionen und weniger als 450 Millionen Franken beträgt, wird je die Hälfte für Bst. c und d eingesetzt (je gleich viel). Wenn der Drittel des Ertrags mehr als 450 Millionen beträgt, werden bis zu 30 Millionen für Bst. c und 25 Millionen für d eingesetzt (siehe den zusätzlichen Absatz 3^{neu} unten). Stimmt das so?)**

^{3^{neu}} Übersteigt der zu verwendende Betrag 450 Millionen Franken, so werden von dem Anteil, der 450 Millionen Franken übersteigt, bis zu 5 Millionen Franken für die Massnahme nach Absatz 1 Buchstaben c eingesetzt. **(Ist das so gedacht?)**

⁴ Am Ende eines Rechnungsjahres nicht ausgeschöpfte zweckgebundene Mittel dürfen nicht mehr als 150 Millionen Franken betragen. **(Was, wenn sie mehr als 150 Millionen betragen? Das erfährt man erst in Art. 36, wird an Bevölkerung und Wirtschaft verteilt. Hier geht es darum zu regeln, dass nicht ausgeschöpfte Mittel bis zu 150 Millionen Franken in den Folgejahren verwendet werden dürfen. Das kommt u.E. klar zum Ausdruck, wenn man die Abs. 4 und 5 f3 und 4 gemäß VIRE-Nummerierung gemäss unserem Vorschlag unten zusammenfasst.)**

⁵ Die nicht ausgeschöpften zweckgebundenen Mittel nach Absatz 4 dürfen in den Folgejahren zusätzlich zu den Höchstbeträgen nach den Absätzen 2 und 3 für die Förderungsmassnahmen nach Absatz 1 verwendet werden. **(zusätzlich zu den Höchstbeträgen? könnte man so verstehen, dass für die Massnahmen im Folgejahr mehr als insgesamt 455 Millionen eingesetzt werden darf. Wir gehen davon aus, dass das nicht gemeint ist, sondern: Die nicht ausgeschöpften Mittel dürfen zwar bis zu einer Obergrenze von 150 Millionen in den Folgejahren verwendet werden, die Höchstbeträge bleiben aber in jedem Jahr bestehen (vgl. unsere Beispiele in der folgenden Tabelle).)**

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

Jahr	Drittel des Ertrags	Übertrag aus Vorjahr	nicht ausgeschöpft
------	---------------------	----------------------	--------------------

2027	500 Mio.		45
2028	500 Mio.	+ 45	90
2029	400	+ 90	35
2030	300	+ 35	0

Alternative für Abs. 3 und 4 (Zusammenzug der beiden Absätze)

³ Am Ende eines Rechnungsjahres nicht ausgeschöpfte zweckgebundene Mittel können in den Folgejahren im Umfang von höchstens 150 Millionen Franken zusätzlich zu den Mitteln nach Absatz 1 verwendet werden.

hat formatiert: Schriftart: Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

Formatiert: Rahmen: Kasten: (Einfache einfarbige Linie, Automatisch, 0.5 Pt. Zeilenbreite), Muster: Transparent (Gelb)

Art. 34 und 34a
Aufgehoben

Art. 35 Förderung von Technologien zur Verminderung der Treibhausgase

¹ Die Förderung von Technologien zur Verminderung der Treibhausgase wird über einen Fonds finanziert. Der (Technologiefonds) nach Artikel 33a Absatz 1 Buchstabe 4. (Formulierung vgl. Art. 86 BV).

Oder, analog zu Art. 37 EnG: «Für die Förderung von Technologien zur Verminderung der Treibhausgase wird ein Spezialfonds nach Artikel 52 FHG geführt (Technologiefonds).»

² Der Technologiefonds wird durch das vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation verwaltet.

^{3a} Mit den Mitteln aus dem Technologiefonds verbürgt der Bund Darlehen an Unternehmen, wenn diese damit Anlagen und Verfahren entwickeln und vermarkten, welche:

- die Treibhausgasemissionen vermindern;
- den Einsatz der erneuerbaren Energien ermöglichen; oder
- den sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen fördern.

(Wir verstehen die Aufzählung nicht. Was ist gemeint mit Anlagen und Verfahren, die Treibhausgasemissionen vermindern oder den Einsatz von erneuerbaren Energien ermöglichen oder den sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen fördern? Ist schon im geltenden Recht so, ist aber unklar (kam im Parlament rein).)

^{4a} Die Bürgschaften werden für die Dauer von höchstens 10 Jahren gewährt.

^{2a} Der Technologiefonds darf sich nicht verschulden. Sollte/Wird der Fondsstand infolge unerwarteter Bürgschaftsverluste negativ werden, werden so werden die Mittel nach Artikel 33a Absatz 1 in Abweichung von der Aufteilung nach Artikel 33a Absätze 2 und 3 zunächst für die Auflösung/Entschuldung des Technologiefonds verwenden.

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

Formatiert: Einzug: Links: 0.37 cm, Erste Zeile: 0 cm

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

det und erst dann nach den Vorgaben von Artikel 33a. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

Art. 36 Abs. 1 Bst. b und d

¹ An die Bevölkerung und die Wirtschaft werden nach Massgabe der von ihnen entrichteten Beträge folgende Mittel ausbezahlt:

- b. der Teil des Ertrags der CO₂-Abgabe, der nicht für die Förderungen Massnahmen nach Artikel 33a verwendet wird;
- d. die Mittel, die nicht nach Artikel 33a Absatz 3 eingesetzt werden konnten; die Auszahlung erfolgt alle fünf Jahre.

Art. 37a Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr

¹ Von den Die Erlösen aus der Versteigerung der Emissionsrechte für Luftfahrzeuge werden im Umfang von höchstens 50 Prozent eingesetzt für Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen im Luftverkehr, insbesondere für die Entwicklung und Herstellung von erneuerbaren synthetischen Flugtreibstoffen.

² Am Ende eines Rechnungsjahres nicht ausgeschöpfte zweckgebundene Mittel dürfen jeweils können in den Folgejahren zusätzlich zu den Mitteln nach Absatz 1 verwendet werden. [Formulierung analog zu Art. 33a Abs. 3 und 4. Korrektur so?]

³ Die Beiträge an die Massnahmen nach Absatz 1 betragen Fördermittel betragen höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten. [Fördermittel statt Beiträge, vgl. Abs. 4]

⁴ Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen für die Gewährung der Fördermittel und deren Bemessung.

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

Art. 41 Sachüberschrift und Abs. 1 erster Satz

[Es werden nur die Sachüberschrift und der erste Satz von Absatz 1 geändert. Dies spricht für eine Teilrevision des Artikels.] Information

¹ Der Bund kann Plattformen und weitere Öffentlichkeitsarbeiten im Bereich des Klimaschutzes fördern. Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen für die Gewährung der Fördermittel und deren Bemessung. ... [Eine Plattform ist streng genommen als solche noch keine Öffentlichkeitsarbeit. Allenfalls könnte man, falls zutreffend, präzisieren «... kann das Betreiben von Plattformen».]

² Die zuständigen Behörden informieren die Öffentlichkeit und beraten Gemeinden, Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten über den Klimaschutz.

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Ausgeblendet

Art. 41a Abs. 1 und 2

¹ Der Bund richtet bis 2030 ~~im nach Artikel 28 des Personenbeförderungsgesetzes vom 20. März 2000²⁸ für die Angebote des regionalen Personenverkehrs, die er gemeinsam von Bund und mit den Kantonen bestellten (Art. 28 Personenbeförderungsgesetz vom 20. März 2009²⁹), regionalen Personenverkehrs~~ Beiträge von höchstens 30 Millionen Franken pro Jahr ~~aus an:~~

a ~~an die Beschaffung von Strassenfahrzeugen und Schiffen mit elektrischem Antrieb- und~~ ~~«Fahrzeug» umfasst gemäss Art. 2 Abs. 2 Bst. b PBG neben Strassenfahrzeugen und Eisenbahnen auch Schiffe sowie Kabinen, Sesselbahnsitze und andere Gehänge von Seilbahnen. Hier geht es aber ausschliesslich um Strassenfahrzeuge und Schiffe (vgl. Abs. 2). Das sollte nicht erst in Abs. 2, sondern besser schon in Abs. 1 präzisiert werden.~~

b ~~an die Umrüstung von Schiffen auf einen elektrischen Antrieb-ens.~~

² Die Beiträge decken die Kosten in folgendem Umfang:

- für Strassenfahrzeuge: 75 Prozent der zusätzlichen Investitionskosten nach Abzug aller Fördermittel;
- für Schiffe: 30 Prozent der zusätzlichen Investitionskosten ~~beziehungsweise~~ ~~oder der Kosten, die für die Umrüstung von Schiffen auf einen elektrischen Antrieb entstehen, nach Abzug aller Fördermittel.~~

17. Schwerverkehrsabgabengesetz vom 19. Dezember 1997³⁰ (SVAG)

[Ansprechperson: Barbara Grütter BK]

Art. 19 Abs. 2 und ^{2bis}

² Der Bund verwendet seinen Anteil am Reinertrag für:

- die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds nach dem Bahninfrastrukturfondsgesetz vom 21. Juni 2013³¹;
- den Ausgleich der von ihm getragenen ungedeckten Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr.

^{2bis} Weist der Bahninfrastrukturfonds eine Reserve von weniger als 300 Millionen Franken auf, ~~so ist der Anteil des Bundes vorab für die Einlage in den Bahninfrastrukturfonds zu verwenden.~~

[zu Abs. 1 und 2;

²⁸ SR 746.1

²⁹ SR 745.1

³⁰ SR 641.81

³¹ BBl 2024 2495 [Bitte klären Sie die Darstellung von Bestimmungen, die noch nicht in Kraft sind, mit dem Rechtsdienst der BK und vereinbaren Sie die Darstellung im gemeinsamen Mantelerlass.]

³² SR 742.140

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

Formatiert: Nummerierte Liste + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: a, b, c, ... + Beginnen bei: 1 + Ausrichtung: Links + Ausgerichtet an: 0.63 cm + Einzugs bei: 1.27 cm

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Fett

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Fett

Soll der Bund auch dann noch in den BIF einlegen können, wenn die Reserve von 300 Millionen sichergestellt ist (also über die 300 Mio. hinaus)? Oder muss er seinen Anteil am Ertrag ab dann ausschliesslich für den Ausgleich der ungedeckten Kosten (Bst. b) verwenden? Das geht aus dem Erlasstext nicht hervor.

Die Regelung wurde mit der Änderung des SBBG vom 27. Sept. 2024 (BBl 2024 2495) eingeführt. Dort ist die Formulierung diesbezüglich klar:

«Sofern der Bundesrat in der Finanzplanung des Bahninfrastrukturfonds eine Reserve von mindestens 300 Millionen Franken ausweist, verwendet der Bund die nicht für die Bildung der Reserve benötigten Mittel zum Ausgleich der von ihm getragenen ungedeckten Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr.»

Das heisst: Alles, was nicht für die Bildung der Reserve verwendet wird (hier Bst. a), wird für den Ausgleich der ungedeckten Kosten verwendet (hier Bst. b). Soll das auch weiterhin so sein? Wenn ja, muss die Formulierung angepasst werden.

NB. Im Folgenden die relevanten Auszüge aus der Botschaft vom 15. Sept. 2023 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen (22.063; BBl 2023 2204):

S. 3:

«Mit der Gesetzesänderung soll dieser Anteil [= Anteil des Bundes] so lange vollständig in den BIF eingelegt werden, bis dessen Reserven ein angemessenes Niveau erreicht haben (mindestens 300 Mio.).»

S. 20/21:

«Mit dem Ziel, ein angemessenes Niveau der Reserven des BIF sicherzustellen, schlägt der Bundesrat vor, das SVAG anzupassen. Es soll explizit in Artikel 19 SVAG festgelegt werden, dass der dem Bund zur Verfügung stehende Anteil von zwei Dritteln des Reinertrages der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe grundsätzlich vollständig in den BIF eingelegt wird. Sofern der BIF jedoch über eine angemessene Reserve (mindestens 300 Mio. Fr.) verfügt, soll der Anteil des Bundes aus der LSWA auch zum Ausgleich der ungedeckten Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr verwendet werden. Die Einlagen in den BIF sind in der BV festgelegt. Es besteht kurzfristig also nur ein geringer Handlungsspielraum bezüglich der Höhe der Einlagen. Dieser wird seit 2020 ausgenutzt, indem die vollen zwei Drittel des Reinertrags aus der LSWA (Art. 87a Abs. 2 Bst. a BV) in den Fonds eingelegt werden. Nach aktuellen Simulationen verfügt der BIF über ausreichende Mittel, um Betrieb, Suktanzerhalt und Ausbau zu finanzieren. Die Reserve dürfte in den nächsten Jahren nicht unter 300 Millionen fallen, selbst wenn die Einlage aus der LSWA vorübergehend gekürzt wird.»

18. Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990³³ über die direkte Bundessteuer- (DBG)

Art. 38 Abs. 1^{er}, 2 und 3

^{1er} Kapitalleistungen des gleichen Steuerjahrs werden zusammengerechnet. ~~Eheleute~~
~~Ehegatten~~ gemäß Terminologie DBG und ZGB versteuern ihre Kapitalleistungen
unabhängig voneinander.

² Die Steuer für ein Steuerjahr beträgt:

Erste und zweite Spalte zusammenlegen, damit die Lesbarkeit verbessert wird.

- auf dem Betrag bis	20 000 Franken	0,1 Prozent
- auf dem Betrag über 20 000 bis	50 000 Franken	0,25 Prozent
- auf dem Betrag über 50 000 bis	100 000 Franken	1 Prozent
- auf dem Betrag über 100 000 bis	250 000 Franken	3 Prozent
- auf dem Betrag über 250 000 bis	1 000 000 Franken	5 Prozent
- auf dem Betrag über 1 000 000 bis	10 000 000 Franken	7,5 Prozent
- auf dem Betrag über 10 000 000 Franken		11,5 Prozent

³ Es werden keine Abzüge gewährt.

19. Wasserbaugesetz vom 21. Juni 1991³⁴ (WBG)

Art. 7 Abs. 1 Bst. a und ~~Abs.~~ 2 Bst. a

¹ Der Bund kann zur Vereinheitlichung der Vollzugspraxis und der wirkungsvollen
Umsetzung des integralen Risikomanagements Finanzhilfen ausrichten für:

a. *Aufgehoben*

² Finanzhilfen können ausgerichtet werden an:

a. *Aufgehoben*

³³ SR 642.11

³⁴ SR 721.100; BB1 2024 687 / Bitte klären Sie die Darstellung von Bestimmungen, die noch
nicht in Kraft sind, mit dem Rechtsdienst der BK und vereinheitlichen Sie die Darstellung
im einzigen Manteltext!

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Nicht Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

20. Bundesgesetz vom 22. März 1985³⁵ über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für die Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG)

(Ansprechperson: Barbara Grüter BK)

Art. 4 Abs. 2

² Der Anteil für die Beiträge nach Artikel 86 Absatz 3 Buchstaben d und e BV (nicht werkgebundene Beiträge) wird für jeweils vier Jahre festgelegt; er beträgt 24 Prozent der Hälfte des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf allen Treibstoffen, ausser den Flugtreibstoffen, nach Artikel 131 Absatz 1 Buchstabe e BV.

hat formatiert: Hervorheben

Art. 37f Abs. 1 Bst. a und f

¹ Der Bund kann zur Förderung eines hohen technischen Sicherheitsniveaus im Luftverkehr Beiträge gewähren an:

- a. die Finanzierung der An- und Abflugsicherungsdienste auf schweizerischen Flugplätzen mit Flugsicherung, sofern ein Bundesinteresse besteht;
- f. Erbringer von Flugsicherungsdiensten. In den übrigen Buchstaben dieses Absatzes werden immer Tätigkeiten und nicht Personengruppen aufgeführt.

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

² Der Bundesrat legt fest, in welchen Fällen einwas als Bundesinteresse nach dem Sinne von Absatz 1 Buchstabe a besteht gilt. Das muss generell abstrakt geregelt werden, vgl. Stellungnahme BJ.

21. Energiegesetz vom 30. September 2016³⁶ (EnG)

Art. 49 Abs. 2–4

Aufgehoben

Art. 50a Abs. 1–3³⁷

¹ Der Bund fördert im Rahmen eines Impulsprogramms mit einem Betrag von höchstens 200 Millionen Franken pro Jahr und befristet auf zehn Jahre den Ersatz fossil betriebener Heizungen und ortsfester elektrischer Widerstandsheizungen durch eine Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz.

hat formatiert: Hervorheben

² Der Vollzug erfolgt durch die Kantone.

³ Die Kantone können die Mittel fortlaufend und in dem Umfang, in dem sie Gesuche gutgeheissen haben, beim Bund reservieren. Ist eine Massnahme abgeschlossen, d.

³⁵ SR 725.116.2

³⁶ SR 730.0

³⁷ DBl 2022 2403 Aushang, ist am 1.1.2025 in Kraft getreten.

hat formatiert: Hervorheben

wird der Betrag dem Kanton ausgerichtet. Der Bund informiert die Kantone fortlaufend über die verfügbaren Mittel.

Art. 51 Abs. 2 und 53 Abs. 2³⁸ und 3 Bst. a³⁸

~~Aufgehoben bzw. gegenstandslos~~ (siehe Vorbemerkung am Anfang der Stellungnahme)

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Hervorheben

22. Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958³⁹ ~~(STG)~~

Art. 105a⁴⁰

~~Gegenstandslos~~ Aufgehoben (siehe Vorbemerkung am Anfang der Stellungnahme)

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv

23. Postgesetz vom 17. Dezember 2010⁴¹ ~~(PG)~~

Art. 16 Abs. 4, 6 und 7

⁴ Ermässigungen werden gewährt für die Zustellung von abonnierten Tages- und Wochenzeitungen der Regional- und Lokalpresse werden Ermässigungen gewährt.

⁶ Die Ermässigungen bedürfen der Genehmigung des Bundesrates.

⁷ Der Bund leistet zur Gewährung dieser Ermässigung jährlich Beiträge jährlich einen Beitrag von 25 Millionen Franken für diese Ermässigungen für die Regional- und Lokalpresse.

24. Bundesgesetz vom 24. März 2006⁴² über Radio und Fernsehen ~~(RTVG)~~

Art. 28 Publizistisches Angebot für das Ausland

¹ In Krisensituationen kann der Bundesrat mit der SRG besondere kurzfristige Leistungsaufträge zur Völkerverständigung vereinbaren. Der Bund trägt die Kosten.

² Die Kosten für Leistungen nach Absatz 1 werden der SRG vom Bund im vollen Umfang abgegolten.

³⁸ BB1 2022 2403 Anhang (Bitte klären Sie die Darstellung von Bestimmungen, die noch nicht in Kraft sind, mit dem Rechtsdienst der BK und vereinheitlichen Sie die Darstellung im ganzen Mantelerlass.)

³⁹ SR 741.01

⁴⁰ BB1 2023 791 (Bitte klären Sie die Darstellung von Bestimmungen, die noch nicht in Kraft sind, mit dem Rechtsdienst der BK und vereinheitlichen Sie die Darstellung im ganzen Mantelerlass.)

⁴¹ SR 783.0

⁴² SR 784.40

Art. 57 und 3. Kapitel (Art. 76)

Aufgehoben

25. Umweltschutzgesetz vom 7. Oktober 1983⁴³ (~~USG~~)

Art. 49 Abs. 1, 1^{bis}⁴⁴ und 3

Aufgehoben ~~bzw. gegenstandslos~~ [siehe Vorbemerkung am Anfang der Stellungnahme]

26. Gewässerschutzgesetz vom 24. Januar 1991⁴⁵ (~~GSehG~~)

Art. 57 Abs. 2

Aufgehoben

Art. 64 Abs. 2

² Er kann Finanzhilfen für die Information der Bevölkerung gewähren.

Art. 64a

Aufgehoben

27. Gentechnikgesetz vom 21. März 2003⁴⁶ (~~GTG~~)

Art. 26 Abs. 3

Aufgehoben

28. Zivildienstgesetz vom 6. Oktober 1995⁴⁷ (~~ZDG~~)

Art. 46 Abs. 3 Bst. c und Art. 47

Aufgehoben

⁴³ SR 814.01

⁴⁴ BBl 2024 2502 [Bitte klären Sie die Darstellung von Bestimmungen, die noch nicht in Kraft sind, mit dem Rechtsdienst der BK und vereinheitlichen Sie die Darstellung im ganzen Mantelerlass.]

⁴⁵ SR 814.20

⁴⁶ SR 814.91

⁴⁷ SR 824.0

29. Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946⁴⁸ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)

[Hinweis: Allenfalls ergeben sich aufgrund der materiellen Stellungnahme des BII noch weitere redaktionelle Anpassungen.]

Art. 103 Bundesbeitrag

¹ Der Ausgangswert des Bundesbeitrags beläuft sich auf 19.5 Prozent der Ausgaben der AHV des Jahres vor Inkrafttreten der Änderung vom ... [Ist damit das Kalenderjahr vor dem Jahr des Inkrafttretens gemeint oder die Zeitdauer von 12 Monaten vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens?]

² Der Ausgangswert Bundesbeitrag [Wenn der Ausgangswert jährlich angepasst würde, wäre es in nicht mehr der Ausgangswert] wird jährlich an die Veränderungsrate der Mehrwertsteuereinnahmen angepasst. Dabei werden die Mehrwertsteuereinnahmen um allfällige Änderungen der Steuersätze und der Bemessungsgrundlage bereinigt.

³ Der Bundesbeitrag entspricht mindestens dem Ausgangswert nach Anpassung an die seit dem Inkrafttreten der Änderung vom ... angelaufene Teuerung nach Absatz 1 angepasst an die aufgelaufene Teuerung. [vgl. Stellungnahme BII]

⁴ Von dem nach Absatz 3 berechneten Betrag wird der Beitrag an die Hilfenlosenentschädigung nach Artikel 102 Absatz 2 wird vom Bundesbeitrag abgezogen.

⁵ Der Bundesrat regelt die Einzelheiten. [vgl. Stellungnahme BII]

30. Bundesgesetz vom 18. März 1994⁴⁹ über die Krankenversicherung (KVG)

[Ansprechperson: Isabel Kamber BK]

Art. 54 Abs. 2⁵⁰ [Für die Vernehmlassung muss hier unbedingt auf BBl 2024 2412 verwiesen werden. Art. 55 ist noch nicht in Kraft.]

² Der Bundesrat kann die Kosten- und Qualitätsziele während der Vierjahresperiode anpassen, falls sich die Grundlagen für deren Festlegung wesentlich verändert haben.

Art. 66 Abs. 2

² Der Bundesrat legt den Bundesbeitrag für eine Vierjahresperiode fest. [vgl. dazu die materielle Stellungnahme des BII] Der Bundesbeitrag jedes Jahres einer Vierjahresperiode

⁴⁸ SR 831.10

⁴⁹ SR 832.10; BBl 2024 2412 [Bitte klären Sie die Darstellung von Bestimmungen, die noch nicht in Kraft sind, mit dem Rechtsdienst der BK und vereinheitlichen Sie die Darstellung im ganzen Manteltext.]

⁵⁰ Fassung gemäss der Änderung vom 29. Sept. 2023 (BBl 2024 2412), noch nicht in Kraft. [Bitte klären Sie die Darstellung von Bestimmungen, die noch nicht in Kraft sind, mit dem Rechtsdienst der BK und vereinheitlichen Sie die Darstellung im ganzen Manteltext.]

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Hervorheben

Formatiert: Absatz

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Fett, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Fett, Nicht Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Muster: Transparent (Akzent 1), Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Fett

nide nach Artikel 54⁵¹ entspricht 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung ~~des im Vorjahr es einer der Vierjahresperiode und entwickelt sich jährlich entsprechend den Kostenzielen nach Artikel 54, zuzüglich der kumulierten Kostenziele nach Artikel 54 für das betroffene Jahr und für allfällige frühere Jahre der betroffenen Vierjahresperiode.~~

Art. 106 Festlegung des Bundesbeitrags ~~[Vor dazu die materielle Stellungnahme des BK. Über das Inkrafttreten von Art. 66 Abs. 2 regeln]~~

Der Bundesbeitrag nach Artikel 66 wird erstmals für die Jahre 2028–2031 festgelegt.

31. Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006⁵² über Regionalpolitik

Art. 21 Abs. 1 und 3 ~~zweiter Satz~~

¹ ~~Die Der Bund finanziert die Massnahmen nach diesem Gesetz werden über den ~~den~~ ~~oder wird dieser Fonds nen an einer anderen Stelle eingeführt~~ Fonds für Regionalentwicklung ~~finanziert.~~~~

³ Die Fondsentnahmen und Darlehenskonditionen sind unter Berücksichtigung der Verluste aus laufenden Darlehen, den Zinserträgen und der Teuerung festzulegen. Der Fonds darf sich nicht verschulden.

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Muster: Transparent (Akzent 1), Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

⁵¹ Fassung gemäss der Änderung vom 29. Sept. 2023 (BB1 2024 2412), noch nicht in Kraft.
Bitte klären Sie die Darstellung von Bestimmungen, die noch nicht in Kraft sind, mit dem Rechtsdienst der BK und vereinheitlichen Sie die Darstellung im ganzen Mängelkass.

⁵² SR 901.0

32. Landwirtschaftsgesetz vom 29. April 1988³³ (LwG)

[Ansprechperson: Isabel Kamber BK]

Art. 22

Versteigerung oder Zuteilung von Zollkontingenten

[Sachüberschrift ergänzen: nur der erste Satz von Abs. 1 regelt die Versteigerung, der ganze Rest die Zuteilung.]

[Zwei Absätze vorsehen für Regel (Versteigerung) und Ausnahme (Zuteilung). Das erleichtert später (Abs. 3 unser Vorschlag) auch den Verweis.]

[Warum der terminologische Wechsel von «Verteilung» (geltendes Recht) zu «Zuteilung»? In den Erläuterungen scheinen die beiden Ausdrücke als Synonyme verwendet zu werden.]

¹ Die Zollkontingente werden grundsätzlich [Streichen: Die Ausnahme folgt sofort.] «Grundsätzlich» ist mehrdeutig («immer» oder «meistens, aber es gibt Ausnahmen») versteigert.

[Von der Versteigerung kann abgesehen werden (oder: «Auf die Versteigerung kann verzichtet werden»)], wenn aufgrund der Marktverhältnisse Unter folgenden Umständen, den kann von diesem Grundsatz abgewichen werden: [Wer ist der Adressat der Norm? Wer entscheidet, ob von der Regel abgewichen wird? Die zuständige Behörde (wie im geltenden Recht). «Die zuständige Behörde kann von der Versteigerung absehen, wenn ...» Oder der Bundesrat (dann wäre es eine Delegation)?]

- a. die Marktverhältnisse erfordern [aufgrund der Marktverhältnisse] in den Einleitungssatz verschoben, da das Element in beiden Buchstaben vorkommt, eine kurzfristige Zuteilung erforderlich ist; oder [Wir sehen aufgrund des erläuternden Berichts davon aus, dass die eine oder die andere Voraussetzung erfüllt sein muss (nicht kumulativ beide). Dies muss hier mit «oder» klargestellt werden.]

- b. der erwartete Erlös aus der Versteigerung aufgrund der Marktverhältnisse ist tiefer ist als die für die bei der Versteigerung anfallenden Kosten.

^{2,3} In den unter Absatz 1 Buchstaben a und b erwähnten Ausnahmefällen Wird von der Versteigerung abgesehen [Abs. 2 ist eine Kann-Bestimmung. Absatz 3 kommt nur zur Anwendung, wenn von der Möglichkeit nach Abs. 2 Gebrauch gemacht wird], so werden können die Zollkontingente wie folgt zugeteilt werden. [Nicht «können»! Wenn zugeteilt wird, muss nach einem der folgenden Verfahren zugeteilt werden:]

a. aufgrund der beantragten Menge

ab. entsprechend der Reihenfolge der Veranlagung;

bc. nach Massgabe der bisherigen Einfuhren der Gesuchsteller; oder

e. nach Marktanteilen; oder

d. aufgrund der beantragten Menge. [Warum andere Reihenfolge als im geltenden Art. 22? Gibt es eine Priorisierung innerhalb der Aufzählung (dann müsste dies aber sprachlich zum Ausdruck kommen)? Wenn es keinen besonderen Grund für

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert

... [1]

hat formatiert

... [2]

hat formatiert

... [3]

hat formatiert

... [4]

hat formatiert

... [5]

hat formatiert

... [6]

hat formatiert: Muster: Transparent (Akzent 1), Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert

... [7]

hat formatiert: Hochgestellt

hat formatiert

... [8]

hat formatiert

... [9]

hat formatiert

... [10]

Formatiert: Einzug: Links: 0.37 cm, Erste Zeile: 0 cm

hat formatiert

... [11]

³³ SR 910.1

die geänderte Reihenfolge gibt, schlagen wir vor, die heute geltenden Reihenfolge zu verwenden. KVgl. dazu auch die Bemerkungen des BJ im erläuternden Bericht.

^{4.4} Um Missbräuche zu verhindern, kann der Bundesrat Importeure von der Berechtigung ausschliessen.

^{4.5} Der Bundesrat kann die Kompetenz zur Festlegung von Kriterien zur Verteilung/Zuteilung von Zollkontingenten nach Absatz 2-3 dem WBF übertragen.

^{4.6} Die Zuteilung der Zollkontingente wird veröffentlicht.

Art. 23, ~~und 48, 50, 51 Abs. 1 Bst. a, 51^{bis} und 52~~
Aufgehoben

Art. 50, 51 Abs. 1 Bst. a, 51^{bis} und 52
Aufgehoben

Art. 76 Abs. 3²⁴ Für die Vernehmlassung muss hier unbedingt auf AS 2024 623 verwiesen werden. Art. 76 tritt erst am 1.1.26 in Kraft.

³ Der Bund übernimmt höchstens 50 Prozent der im Projekt festgelegten Beiträge. Die Kantone stellen die Restfinanzierung sicher.

33. Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966⁵⁵ ~~(TS-G)~~

Va. (Art. 45a)
Aufgehoben

34. Waldgesetz vom 4. Oktober 1991⁵⁶ ~~(Wa-G)~~

Art. 29 Abs. 1 und 2

¹ Der Bund koordiniert die forstliche Ausbildung.

² Aufgehoben

Art. 34a Absatz und Verwertung von Holz

Der Bund fördert Projekte zugunsten des Absatzes und der Verwertung von nachhaltig produziertem Holz. Im geltenden Recht wird das Anliegen «gefördert» und die Pri.

⁵⁴ AS 2024 623. Inkrafttreten am 1. Jan. 2026 Bitte klären Sie die Darstellung von Bestimmungen, die noch nicht in Kraft sind, mit dem Rechtsdienst der BK und vereinbaren Sie die Darstellung im ganzen Mantelerlass.

⁵⁵ SR 916.40

⁵⁶ SR 921.0

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Muster: Transparent (Akzent 1), Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

hat formatiert: Schriftart: Kursiv

hat formatiert: Schriftart: Nicht Kursiv, Hervorheben

hat formatiert: Muster: Transparent (Akzent 1), Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Schriftart: Fett

letzte unterstützt. Ist der Wechsel zum «Förderungs» bewusst erfolgt und was ist damit verbunden? Man hätte auch näher am geltenden Recht bleiben können: «Der Bund fördert den Absatz und die Verwertung von nachhaltige produziertem Holz durch die Unterstützung von innovativen Projekten».

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

Art. 38a Abs. 1 Bst. e und Abs. 2 Bst. a

¹ Der Bund gewährt Finanzhilfen an Massnahmen, welche die Wirtschaftlichkeit der nachhaltigen Waldbewirtschaftung verbessern, namentlich an:

e. *Aufgehoben*

² Er gewährt Finanzhilfen:

- a. an Massnahmen nach Absatz 1 Buchstaben a, b, d, f und g; als globale Beiträge auf der Grundlage von Programmvereinbarungen, die mit den Kantonen abgeschlossen werden;

hat formatiert: Hervorheben

Art. 39

Aufgehoben

35. Jagdgesetz vom 20. Juni 1986⁵⁷ ~~(JSG)~~

Art. 14 Abs. 4

⁴ Der Bund führt die Schweizerische Forschungs- und Dokumentationsstelle für das Wildtiermanagement. Er fördert die Information der Öffentlichkeit und kann Forschungsstätten und anderen Einrichtungen von gesamtschweizerischer Bedeutung, welche der Forschung oder Beratung dienen, Beiträge gewähren.

hat formatiert: Hervorheben

hat formatiert: Hervorheben

36. Bundesgesetz vom 21. Juni 1991⁵⁸ über die Fischerei ~~(BGF)~~

Art. 13 Abs. 1

Aufgehoben

II

Die nachstehenden folgenden Erlasse werden aufgehoben:

1. ~~1.~~ Bundesgesetz vom 17. Juni 2022⁵⁹ über die Beiträge an die kantonale Schule französischer Sprache in Bern.

hat formatiert: Absatz-Standardschriftart, Hochgestellt

hat formatiert: Hochgestellt

Formatiert: Absatz, Einzug: Links: 0.63 cm, Hängend: 0.63 cm, Nummerierte Liste + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: 1, 2, 3, ... + Beginnen bei: 1 + Ausrichtung: Links + Ausgerichtet an: 0.63 cm + Einzug bei: 1.27 cm

⁵⁷ SR 922.0

⁵⁸ SR 923.0

⁵⁹ AS 2022 786

~~2~~ ~~2~~ Bundesgesetz vom 3. Mai 1991⁶⁰ über Finanzhilfen zu Erhaltung und Pflege naturnaher Kulturlandschaften.

III

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

hat formatiert: Absatz-Standardschriftart, Hochgestellt

Formatiert: Absatz, Nummerierte Liste + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: 1, 2, 3, ... + Beginnen bei: 1 + Ausrichtung: Links + Ausgerichtet an: 0.63 cm + Einzug bei: 1.27 cm

⁶⁰ AS 1991 1974, 2000 935, 2008 3437, 2010 4999, 2019 2337